

Vorbemerkungen

Nach § 6 der Gemeindehaushaltskassenverordnung (GemHKVO) und den hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften ist im Vorbericht ein Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft von 2009 bis 2014 zu geben.

1. Rückblick auf die Haushaltswirtschaft 2009

Am 11.11.2008 hatte die Verwaltung den Fraktionen einen Entwurf des ersten Produkthaushaltes 2009 vorgelegt. Mit dem Jahre 2009 ist die Rechnungslegung bei der Stadt Nordenham von der Kämmerer auf die Doppik umgestellt worden.

In seinem Anschreiben an die Fraktionen zu Beginn des Haushaltsjahres hat der Bürgermeister deutlich gemacht, dass die Stadt Nordenham trotz einiger Konsolidierungsmaßnahmen unter anderem auch durch Einsparungen im Personalbereich des gehobenen/höheren Dienstes weit davon entfernt ist, einen Haushaltsausgleich erreichen zu können. Dies sei auch auf sich abzeichnende Gewerbesteuerausfälle zurückzuführen. Weiterhin wird der Haushalt wie folgt eingebracht:

"Zur Sicherung der überdurchschnittlich komfortablen Angebotsstruktur der Stadt Nordenham in diversen kommunalen Einrichtungen bedarf es daher einer nachhaltigen Verbesserung der Einnahmesituation sowie einer nachhaltig wirkenden Optimierung aller Kostenstrukturen. Der Haushaltsentwurf 2009 enthält entsprechende **Zukunftsinvestitionen** mit einem entsprechend hohen Fremdfinanzierungsanteil, um schwerpunktmäßig in den nachstehend aufgeführten Bereichen für die künftigen Haushalte wirtschaftliche Verbesserungen erreichen zu können:

1. Energetische Sanierung aller städtischen Gebäude

Ziel: Halbierung der Energieverbräuche

2. Schaffung einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Infrastruktur

Ziel: Betriebsansiedlungen und -erweiterungen, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, Mehreinnahmen bei den Grundsteuern, Gewerbesteuern, Finanzzuweisungen aus den Einkommensteueranteilen, Erhöhung der Kaufkraft etc.

3. Bildung eines kommunalen Grundstücks- und Immobilien-Pools

Ziel: Verbesserung der Reaktionsfähigkeit am Immobilienmarkt zwecks Sicherung geeigneter Flächen für Wirtschafts- und Gewerbeimmobilien, Optimierung der Handlungsfähigkeit bei wirtschaftsfördernden Maßnahmen, Verkürzung der Entscheidungsprozesse

Die in den vorgenannten Bereichen geplanten Investitionen und Darlehensaufnahmen sind keine "verlorenen Geldmittel", sondern zeichnen sich wie bei den Gebührenhaushalten aus durch Rentabilität und durch mittelfristige Kapitalrückflüsse bei der Vermarktung von Wirtschafts- und Gewerbeflächen."

Nach Beratung des Verwaltungsentwurfes und der von den Fraktionen eingebrachten Änderungsanträge ist über den Haushalt 2009 am 18.12.2008 durch den Rat entschieden worden.

Die Aufsichtsbehörde hat die Genehmigung des Haushaltes am 11.06.2009 mit folgenden Einschränkungen erteilt:

- 1) „Die Genehmigung zu § 2 der Haushaltssatzung wird unter der Maßgabe, dass der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen um 1.000.000,00 € verringert wird, erteilt, wobei sich dies nicht auf die Bereiche „Energetische Sanierung“, „zentrale Abwasserbeseitigung“ und „Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastruktur“ auswirken soll.“

§ 2 lautet wie folgt:

Festsetzung des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 7.473.200,00 €.

- 2) „Die Genehmigung zu § 4 der Haushaltssatzung wird mit der Auflage verbunden, dass bis zum 31. Oktober 2009 ein den im Rd.Erl. d. MI vom 30.10.2007 (Nds. MBl. S. 1254) veröffentlichten „Hinweisen zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung des Haushaltssicherungskonzepts (§ 82 Abs. 6 NGO)“ entsprechendes Haussicherungskonzept vorgelegt wird.“

§ 4 lautet wie folgt:

Festsetzung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite auf 16.000.000,00 €.

Auf Vorschlag der Verwaltung hat der Stadtrat auf Maßnahmen in den folgenden Einrichtungen verzichtet

Hallenbad Nord	570.000,00 €
Störtebekerbad	430.000,00 €
SUMME	1.000.000,00 €

Die Forderung, die Darlehensaufnahme entsprechend zu kürzen, war somit erfüllt.

Zu der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes als Auflage für die Genehmigung der Liquiditätskredite führt die Aufsicht aus, dass in den letzten Jahren regelmäßig gefordert wurde, die Ausgabelast des Verwaltungshaushaltes zu vermindern und die freiwilligen Leistungen einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Nennenswerte Ergebnisse sind nicht zu verzeichnen. (...) ist festzulegen, innerhalb welchen Zeitraumes der Haushaltsausgleich erreicht, wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrages in künftigen Jahren vermieden werden soll. Diese Aussagen gibt das vorliegende Konzept nicht her.

Die Aufgabenstellung war damit klar vorgegeben. Die Aufsicht erwartete unter Berücksichtigung bestehender Verträge und Verpflichtungen eine Auflistung der möglichen Einsparpotentiale und Ausgabenkürzungen insbesondere im freiwilligen Bereich ab dem Jahre 2010, da bis zum 30.10.2009 eine Konsolidierung keine Auswirkungen auf den laufenden Haushalt mehr haben kann.

Die Verwaltung wurde beauftragt, Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung bis Anfang Juni 2009 vorzulegen.

Das sodann erarbeitete Haushaltssicherungskonzept wurde fristgerecht der Aufsichtsbehörde vorgelegt.

Über die inhaltliche Bedeutung und Reichweite wurde in der Öffentlichkeit vielfach diskutiert, wobei eine breite Akzeptanz und Zustimmung zu den bisherigen Maßnahmen, insbesondere zu den Belastungen durch die Anhebung der Hebesätze bei den Gewerbesteuern und den Grundsteuern, sowie bei den erheblichen Kürzungen der Zuschüsse für Vereine und Verbände zu verzeichnen war.

Bereits am 26.03.2009 wurde der erste Nachtrag zum Haushalt 2009 durch den Stadtrat verabschiedet. In diesem Nachtrag wurden Maßnahmen im Investitionsbereich zusätzlich zum bestehenden Haushalt angemeldet, um Fördergelder aus dem Konjunkturpaket II zu erhalten. Gleichzeitig ist der Eigenanteil durch eine zusätzliche Darlehensaufnahme gesichert worden. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgte am 17.04.2009. Geplant waren Maßnahmen für 1.088.000,00 € in den Schulen Abbehausen und Süd mit einem Fördervolumen von 775.900,00 €

Die Veröffentlichung der beiden Haushaltssatzungen erfolgte am 26.06.2009 im Amtsblatt.

Am 28.10.2009 wurde der zweite Nachtragshaushalt der Stadt Nordenham für das Jahr 2009 durch den Stadtrat beschlossen. Hierzu sind folgende Informationen durch den Vorbericht des zweiten Nachtragshaushaltes ergangen:

Aufgrund der bestehenden Finanzkrise ist es zu erheblichen Steuereinbrüchen bei der Gewerbesteuer gekommen. Der im Haushalt 2009 bereits vorsichtig geplante Ansatz von 8,4 Mio € war auf 4,0 Mio € zu korrigieren.

Der Bürgermeister hatte auf die Haushaltssituation bereits mit der Verhängung einer Haushaltssperre reagiert und Mittelsperren entsprechend der Vorschrift des § 30 Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung angeordnet.

Der Abwärtstrend bei der Erhebung der Gewerbesteuer hat einen dramatischen Tiefstand erreicht, wie folgende Tabelle zeigt:

2003	11.609.114,67
2004	10.530.798,99
2005	7.517.518,15
2006	20.692.830,35
2007	13.527.031,20
2008	12.014.221,48
2009	5.079.144,32
bisheriger Durchschnitt	12.648.585,81
2010	5.400.000,00 Ansatz 2010
2011	9.560.000,00
2012	11.472.000,00
2013	12.332.400,00
2014	13.134.000,00

Neben dieser Entwicklung mit Auswirkung auf den Ergebnishaushalt sind auch Korrekturen im Finanzhaushalt notwendig geworden, da verschiedene Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II leider nicht anerkannt wurden und somit entfielen. Bei der Aufstellung des zweiten Nachtrages zum Haushalt 2009 sind daher ebenfalls Verschiebungen bei der Durchführung von Maßnahmen berücksichtigt worden, die mit der späten Genehmigung und Veröffentlichung des Haushaltes zu tun hatten aber auch mit den aus 2008 gebildeten und noch nicht erledigten Haushaltsausgaberechten. Um hier eine Neuordnung in der zeitlichen Durchführung der Maßnahmen und bei der Kreditemächtigung zu regeln und damit die Klarheit der voraussichtlichen Verschuldung herzustellen, ist das Investitionsprogramm neu aufgestellt worden.

Aufgrund dieser Entwicklungen war ein zweiter Nachtragshaushalt für die Stadt Nordenham aufzustellen.

Unter Berücksichtigung der im Jahre 2009 aufgestellten Haushaltsplanungen ergibt sich folgender Überblick:

1 A Ergebnishaushalt	Planung	Ergebnis	Differenz
Ertrag	33.723.600,00	35.133.004,33	1.409.404,33
Aufwand	42.435.750,00	42.259.614,53	-176.135,47
Überschuss/Fehlbetrag	-8.712.150,00	-7.126.610,20	1.585.539,80
<u>davon:</u>			
Ordentliche Erträge	33.665.900,00	35.037.466,14	1.371.566,14
Ordentliche Aufwendungen	42.332.350,00	42.216.716,38	-115.633,62
Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag)	-8.666.450,00	-7.179.250,24	1.487.199,76
Außerordentliche Erträge	57.700,00	95.538,19	37.838,19
Außerordentliche Aufwendungen	103.400,00	42.898,15	-60.501,85
Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag)	-45.700,00	52.640,04	98.340,04

Das Haushaltsjahr 2009 ist durch die Korrekturbuchungen, die Anlagenbuchhaltung und diverser Richtigstellungen bei den Abschlussarbeiten zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2011 noch nicht abgeschlossen. Das endgültige Ergebnis wird sich daher noch gegenüber den anliegenden Ausdrucken bezüglich des Ergebnishaushaltes noch ändern. Das erste doppelte Jahr hat auch bei den produktverantwortlichen Ämtern zu Anpassungen bei den Haushaltsansätzen geführt. Die dadurch unterjährig vollzogenen Sollübertragungen innerhalb der Budgets führen zu zusätzlichen Abschlussbuchungen.

In der Tabelle 1 A sind bereits Buchungen auf Abschreibungen und Sonderposten enthalten, die in den anliegenden Tabellen bzw. Ergebnissen noch nicht enthalten sind. Daher ergibt sich ein unterschiedliches Ergebnis!

1 B Finanzhaushalt	Planung	Ergebnis	Differenz
Einzahlungen	38.861.800,00	44.909.946,86	6.048.146,86
Auszahlungen	48.902.050,00	43.614.475,89	-2.110.992,42
Saldo (Überschuss/Fehlbetrag)	-10.040.250,00	1.295.470,97	8.159.139,28
<u>davon:</u>			
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	32.234.500,00	38.964.001,80	6.729.501,80
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	38.973.150,00	36.882.411,05	-2.090.738,95
Saldo	-6.738.650,00	2.081.590,75	8.820.240,75
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	3.346.300,00	3.545.945,06	199.645,06
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	8.321.200,00	5.144.618,31	-2.000.000,00
Saldo	-4.974.900,00	-1.598.673,25	199.645,06
Einzahlung für Finanzierungstätigkeit	3.281.000,00	2.400.000,00	-881.000,00
Auszahlung für Finanzierungstätigkeit	1.607.700,00	1.587.446,53	-20.253,47
Saldo	1.673.300,00	812.553,47	-860.746,53

1 C Verschuldung 2009

Der Schuldenstand zu Beginn des Jahre 2009 betrug einschließlich der sogenannten rentierlichen Schulden insgesamt **37.684.621,87** IST
 Am 31.12.2009 betrug der Schuldenstand **38.479.074,11**
 so dass eine Neuverschuldung in Höhe von **794.452,24** zu verzeichnen war.

1 D Rücklage 2008

Die Finanzierung 2009 konnte auch deshalb besser gestaltet werden, da aufgrund des Jahresergebnisses 2008 eine freie Rücklage in Höhe von 1.646.268,00 festgestellt worden ist. Diese Mittel waren als liquide Mittel in das Jahr 2009 zu übernehmen und standen dort entsprechend der Zweckbestimmung der früheren allgemeinen Rücklage für Investitionen zur Verfügung.

2. Haushaltsentwicklung 2010

Der Stadtrat hat die Haushaltssatzung 2010 am 04.03.2010 verabschiedet.

Hierbei wurde von folgenden Grundüberlegungen ausgegangen:

Die in den Jahren 2008 und 2009 begonnene Förderung der Industrie und der Wirtschaft durch Bereitstellung von bebaubaren Erweiterungsflächen zur Neuansiedlung wird in den Folgejahren fortgesetzt. Allerdings ist aufgrund der Finanzkrise eine deutliche Einschränkung der Investitionen vorgenommen worden. Die in 2009 geplante Industriestraße zwischen der K 188 und der B 212 und andere Ausbaupläne für vorhandene Industrieanschlüsse wurde bis auf Weiteres zurückgestellt. Das Augenmerk richtet sich auf die eigenen Immobilien und die Sanierung der betriebsnotwendigen Gebäudeteile und der Betriebsvorrichtungen.

Weiterhin wurden Maßnahmen geplant, die die energetische Sanierung bzw. die Umstellung auf kostengünstige Einrichtungen zum Ziel haben.

Die Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 im Rahmen der Haushaltsgenehmigung des Jahres 2009 hat in vielen Produkten zu einer Einsparung bzw. Verbesserung der Einnahmeerwartungen geführt. Diese sind in den Planungen berücksichtigt worden, soweit die Realisierung rechtlich möglich war. Nach den bisherigen Erkenntnissen wird die Aufsichtsbehörde die Fortführung der Sicherungsmaßnahmen fordern, so dass weitere Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden müssen.

Ergebnishaushalt

2 A Erträge:

Bezeichnung	Planung 2009	Planung 2010	Vergleich
1 <i>Steuern und Abgaben</i>	16.490.300	17.030.200	539.900
davon Grundsteuer A	147.500	161.900	14.400
Grundsteuer B	3.921.100	4.380.000	458.900
Gewerbesteuer	4.000.000	5.400.000	1.400.000
Gemeindeanteil a.d. Eink. Steuer	6.206.700	5.617.000	-589.700
Gemeindeanteil a.d. Ums. Steuer	2.019.600	1.256.400	-763.200
2 <i>Zuwendungen und Umlagen</i>	6.210.400	5.065.900	-1.144.500
davon Schlüsselzuweisungen	3.684.900	2.505.800	-1.179.100
Zuweisungen Land	1.328.100	1.361.700	33.600
Zuschüsse von Gemeinden	1.197.200	1.197.200	0
3 <i>Auflösungserträge Sonderposten</i>	1.572.600	1.572.600	0
5 <i>Öffentlich-rechtliche Gebühren</i>	4.544.700	4.529.000	-15.700
6 <i>Privatrechtliche Entgelte</i>	615.800	646.900	31.100
7 <i>Kostenerstattungen und -umlagen</i>	2.238.600	2.064.000	-174.600
8 <i>Zinsen und ähnliche Finanzerträge</i>	498.800	368.200	-130.600
11 <i>sonstige ordentliche Erträge</i>	1.414.700	1.653.900	239.200
davon Auflösung von Rückstellungen	170.200	363.000	192.800
Konzessionsabgaben	1.170.200	1.109.000	-61.200
12 <i>Summe der ordentlichen Erträge:</i>	33.585.900	32.930.700	-655.200

2 B Aufwendungen:

Bezeichnung	2009	2010	Vergleich
13 <i>Personalaufwendungen</i>	12.359.400	13.212.200	852.800
davon Beamte	929.200	979.300	50.100
Arbeitnehmer	8.149.200	8.546.600	397.400
Pensionsrückstellung	276.600	290.800	14.200
Rückstellung Altersteilzeit	9.700	234.200	224.500
15 <i>Sach- und Dienstleistungen</i>	6.363.400	6.763.400	400.000
davon Gebäudeunterhaltung	1.066.200	990.400	-75.800
Unterhaltung unbeweglichen Verm.	788.300	911.100	122.800
Unterhaltung bewegliches Verm.	583.900	519.400	-64.500
Leasing	50.700	32.200	-18.500
Bewirtschaftung der Grundstücke	1.547.200	1.554.100	6.900
Verwaltungs- u Betriebsaufw.	1.690.500	2.100.700	410.200
16 <i>Abschreibungen</i>	3.462.100	3.560.900	98.800
17 <i>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</i>	1.907.000	2.042.200	135.200
18 <i>Transferaufwendungen</i>	16.974.850	13.831.650	-3.143.200
davon Zuweisungen und Zuschüsse	1.689.650	1.768.350	78.700
Gewerbesteuerumlage	1.488.200	922.000	-566.200
allgemeine Umlagen an Gemeinden	12.977.000	10.321.300	-2.655.700
19 <i>sonstige ordentliche Aufwendungen</i>	1.265.600	1.372.200	106.600
davon ehrenamtliche und sonstige Tätig.	168.000	159.500	-8.500
Inanspruchnahme von Rechten und I	146.200	168.700	22.500
Geschäftsaufwendungen	496.500	598.000	101.500
20 <i>SUMME ordentliche Aufwendungen</i>	42.332.350	40.782.550	-1.549.800

2 C Verschuldung 2010 - langfristige Investitionsdarlehen

	Einwohner 31.12.09	Pro Kopf-Verschuldung
	27.246	
Der Schuldenstand zu Beginn 2010 betrug einschließlich der sogenannten rentierlichen Schulden insgesamt	38.479.074,11	1.412,28
Aufnahme Darlehen geplant	4.806.200,00	
davon geplante Tilgungen (=Nettokreditaufnahme)	1.644.400,00	
verbleiben als geplante Neuverschuldung	3.161.800,00	
vermindert um die im Anschluß an die Verfügung der Aufsichtsbehörde nach 2011 verschobenen bzw. gestrichenen Maßnahmen(HER)	676.600,00	s.u. 2 D a-i
vermindert um die im Stadtrat beschlossenen Maßnahmen, für die Haushaltsausgabereise aus Vorjahren nicht mehr gebildet werden		
a. Rathaus Planung Beleuchtung aus 2009	4.000,00	
b. Freizeitbad Blockheizkraftwerk	130.000,00	
c. Hallenbad Nord Gutachten Sanierung, Dachbinder	28.000,00	
d. Fritz-Reuter-Str. Kanal	290.500,00	
e. Fritz-Reuter-Str. Straße	196.621,00	
f. Wirtschaftswege	188.885,97	
g. Verkauf Anteil Altes Rathaus	220.000,00	
Neuverschuldung 2010	1.427.193,03	
Am 31.12.2010 beträgt der Schuldenstand somit	39.906.267,14	1.464,67
<i>(Anmerkung: Dieser Schuldenstand berücksichtigt die aktuellen Entwicklungen. Im Investitionsprogramm-Anlage- sind dagegen die Planungsansätze enthalten!)</i>		
hiervon gelten als rentierliche Schulden:		
Entwässerung	6.523.495,00	
RoRo Anleger	4.493.353,00	
GNSG	3.690.860,00	
so dass noch verbleiben	25.198.559,14	924,85
Vergleich zum Landesdurchschnitt	31.12.2009	582,00
Schuldenstand der Stadt Nordenham	31.12.2009	1.412,28

2 D Entwicklung des Haushaltes 2010

Die Kommunalaufsicht hat die Genehmigung des Haushaltes unter folgenden Bedingungen erteilt:

- Die Genehmigung zu § 2 der Haushaltssatzung wird unter der Maßgabe, dass der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen um 600.000,00 € verringert wird, erteilt, wobei sich dies nicht auf die Bereiche "Energetische Sanierung, zentrale Abwasserbeseitigung", und "Entwicklung der Wirtschaft mit Hilfe von Fördermitteln" auswirken soll.
- Die Genehmigung zu § 4 der Haushaltssatzung wird mit der Maßgabe verbunden, dass die ordentlichen zahlungswirksamen Aufwendungen im Ergebnishaushalt um 1.300.000,00 € vermindert werden.
- Der in § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird in Höhe von 1.398.800,00 € genehmigt.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 17.06.2010 auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, folgende Maßnahmen zu verschieben bzw. zu streichen:

a) Produkt:	111015	ITS	
Sachkonto:	250	Baugenehmigungssoftware	
Ansatz:	17.600,00 €	Verschieben:	17.600,00 €

b)	Produkt:	111015	ITS	
	Sachkonto:	250	Prüfungssoftware RPA	
	Ansatz:	10.000,00 €	Verschieben:	10.000,00 €
c)	Produkt:	366001	Spielplätze	
	Sachkonto:	7200	Spielplatzgeräte	
	Ansatz:	20.000,00 €	Verschieben:	10.000,00 €
d)	Produkt:	541001	Straße, Wege, Plätze ...	
	Sachkonto:	9600	Straßenbeleuchtung	
	Ansatz:	30.000,00 €	Verschieben:	20.000,00 €
e)	Produkt:	551002	Strandbad	
	Sachkonto:	9600	Hochbau Sanitärhaus	
	Ansatz:	50.000,00 €	Verschieben:	50.000,00 €
f)	Produkt:	551002	Strandbad	
	Sachkonto:	7200	Spielgeräte, Skateranlage	
	Ansatz:	13.500,00 €	Verschieben:	12.000,00 €
g)	Produkt:	511003	Sanierungsmaßnahmen	
	Sachkonto:	9600	Städtebaulicher Vertrag	
	Ansatz:	143.800,00 €	Streichen, da bei Industrie- park Blexen bereits ver- anschlagt:	143.800,00 €
h)	Produkt:	511003	Sanierungsmaßnahmen	
	Sachkonto:	9600	City-Süd Ordnungsmaßnahmen	
	Ansatz:	1.500.000,00 €	Verschieben Straßenausbau Müllerstraße:	300.000,00 €
i)	Produkt:	511003	Sanierungsmaßnahmen	
	Sachkonto:	9600	Interreg IV B	
	Ansatz:	113.200,00 €	Verschieben (Nettosumme):	113.200,00 €
SUMME				676.600,00 €

Um die Maßgabe der Aufsichtsbehörde zu erfüllen, den Ansatz für die zahlungswirksamen ordentlichen Aufwendungen um 1.300.000,00 € zu vermindern wurde eine pauschale Haushalts- und Mittelsperre in den Sachkonten verhängt. Außerdem wurden die Maßnahmen „Lampenaustausch“ für 250.000,00 € sowie Bereitstellung der Mittel für „Gerichtskosten“ in Höhe von 42.000,00 € gänzlich verzichtet.

Die Mittelsperre bewirkt nach der Planung eine Einsparung in Höhe von 1.018.875,00 € so dass zusammen mit den gestrichenen Posten eine Einsparung von insgesamt 1.310.875,00 € erreicht wurde.

Allerdings hat die Aufsichtsbehörde trotz Intervention durch die Verwaltung nicht anerkannt, dass die eingeplanten Kürzungen aus den vergangenen Jahren bereits berücksichtigt worden sind und eine weitere Kürzung in der angeordneten Dimension bei den sogenannten Pflichtausgaben und den nicht zu beeinflussbaren Ausgaben dazu führen könnte, dass die verhängten Mittelsperren teilweise wieder zurückzunehmen sind. Außerdem ist die Durchführung der Maßnahme "Austausch der ab 2015 verbotenen Quecksilberlampen" und die damit verbundene Energieeinsparung hierdurch unnötig um ein Jahr verschoben worden.

Die Aufsicht hat hierzu lediglich festgestellt, dass die Aufwandssenkung um 1.300.000,00 € bei ordentlichen Aufwendungen von insgesamt 40.782.550,00 € im Ergebnishaushalt ... für angemessen und möglich gehalten wird.

Sicherlich hat die späte Verabschiedung und die Genehmigung des Haushaltes 2010 dazu geführt, nicht alle Ausgabeansätze auszuschöpfen. Nach derzeitigem Stand werden dadurch erhebliche Mittel in der Bauunterhaltung nicht verausgabt, was aber wiederum zu einem Reparaturstau führen kann.

Der Forderung in der Haushaltsverfügung vom 29.12.2009 nach einer Ergänzung des Haushaltssicherungskonzepts um deutlich weitergehende Maßnahmen wurde in keiner Weise nachgekommen! Der wichtigste Grundsatz einer geordneten Haushaltswirtschaft - die Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben gegenüber der Allgemeinheit - wird nach alledem nicht ausreichend beachtet!

Sollte das mit dem Haushalt 2011 beschlossene Konzept nicht den Anforderungen entsprechen, wird es als fehlend gewertet und die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen gilt als nicht nach § 86 Abs. 1 NGO vorgelegt.

Auf der Ertragsseite haben sich die Gewerbesteuereinnahmen besser entwickelt als geplant. Es sind zurzeit Mehreinnahmen in Höhe von rd. 5,4 Mio € zu verzeichnen. Auch innerhalb des Länderfinanzausgleiches sind Mehreinnahmen von rd. 1,4 Mio Euro verbucht worden, so dass sich das geplante Defizit nur bei der Betrachtung dieser Zwischenergebnisse von 7,9 auf 1,1 Mio € verringern könnte. Hinzu kommt noch die voraussichtliche Mehreinnahme aus den Anteilen an der Einkommensteuer in Höhe von rd. 1,0 Mio €, so dass sich eine Verbesserung von insgesamt 7,8 Mio € ergibt, und der Haushaltsausgleich fast erreicht wird.

3. Ausblick auf das Jahr 2011

Nachdem in den letzten Jahren insbesondere in den Schulen und in die industrielle Weiterentwicklung erhebliche Investitionen getätigt worden sind und die heimische Wirtschaft in der Finanzkrise durch Aufträge der Stadt Nordenham unterstützt wurde, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, an einer Entschuldung der Stadt Nordenham zu arbeiten.

Die Konjunkturziele wurden erreicht, so dass es jetzt dringend geboten ist, eine Zurückhaltung bei den Investitionen zu üben und damit eine Entschuldung einzuleiten.

Daher wird in diesem Jahr eine Investitionspause eingelegt, die einmal zur Entschuldung und damit auch zur Ertragsverbesserung durch eingesparte Zinszahlungen führen soll und zum anderen auch genutzt werden soll, die in der Vergangenheit entstandenen Haushaltsausgabenreste abzarbeiten. Die Investitionspakete aus dem Konjunkturprogramm haben im vergangenen Jahr zudem erhebliche Finanz- und Personalressourcen gebunden, die jetzt wieder für die Planung von Maßnahmen im Straßen- und Kanalbauprogramm der kommenden Jahre eingesetzt werden sollen.

Trotzdem soll weiterhin das angefangene Energiesparprogramm mit dem Ziel der Senkung der Betriebskosten weitergeführt werden, hier vor allem auch durch die notwendige Sanierung der Beleuchtungseinrichtungen in verschiedenen Stadtteilen und durch den Austausch von abgängigen und nach 2015 auch verbotenen Quecksilberlampen.

3 A Bei den Erträgen sind folgende Zahlen erwähnenswert:

Bezeichnung	Planung 2010	Planung 2011	Vergleich
1 <i>Steuern und Abgaben</i>	17.030.200	22.191.700	5.161.500,00
davon Grundsteuer A	161.900,00	161.300,00	-600,00
Grundsteuer B	4.380.000,00	4.413.600,00	33.600,00
Gewerbesteuer	5.400.000,00	9.560.000,00	4.160.000,00
Gemeindeanteil a.d. Eink. Steuer	5.617.000,00	6.592.800,00	975.800,00
Gemeindeanteil a.d. Ums. Steuer	1.256.400,00	1.243.500,00	-12.900,00
2 <i>Zuwendungen und Umlagen</i>	5.065.900,00	6.904.500,00	1.838.600,00
davon Schlüsselzuweisungen	2.505.800,00	4.308.900,00	1.803.100,00
Zuweisungen Land	1.361.700,00	1.374.200,00	12.500,00
Zuschüsse von Gemeinden	1.197.200,00	1.221.200,00	24.000,00
3 <i>Auflösungserträge Sonderposten</i>	1.572.600,00	1.881.000,00	308.400,00
4 <i>Sonstige Transfererträge</i>	48.100,00	48.100,00	0,00
5 <i>Öffentlich-rechtliche Gebühren</i>	4.529.000,00	4.349.500,00	-179.500,00
6 <i>Privatrechtliche Entgelte</i>	646.900,00	653.300,00	6.400,00
7 <i>Kostenerstattungen und -umlagen</i>	2.064.000,00	1.850.600,00	-213.400,00
8 <i>Zinsen und ähnliche Finanzerträge</i>	368.200,00	359.900,00	-8.300,00
9 <i>Aktiviertete Eigenleistungen</i>	0,00	0,00	0,00
11 <i>sonstige ordentliche Erträge</i>	1.653.900,00	1.699.500,00	45.600,00
davon Auflösung von Rückstellungen	363.000,00	408.800,00	45.800,00
Konzessionsabgaben	1.109.000,00	1.199.000,00	90.000,00
12 <i>Summe der ordentlichen Erträge:</i>	32.978.800,00	39.938.100,00	6.959.300,00

Erläuterungen zu einzelnen Erträgen:

1. Grundsteuer A und B

Die Erträge aus der Grundsteuer sind stabil. Hier bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung eine bereits seit Jahren geplante Reform der Grundsteuer auf den Weg bringen wird. Die Ermittlung der Grundbeträge soll von den Finanzämtern auf die Kommunen übertragen werden, was durch den erhöhten Bearbeitungsaufwand auch eine Anhebung des Personalstammes und der Personalaufwendungen zur Folge haben wird. Die Reform soll für den Bürger aufkommensneutral gestaltet werden, wobei Verschiebungen bei der Belastungshöhe unter den Steuerpflichtigen natürlich nicht auszuschließen sind.

2. Gewerbesteuer

Der Haushaltsansatz entspricht den erwarteten Einnahmen 2010 zuzüglich der prognostizierten Verbesserung. Darauf wurden die Steigerungsraten aus den Orientierungsdaten angewendet.

3. Einkommensteuer- und Umsatzsteueranteile

Die Anteile bei der Einkommensteuer für die Stadt Nordenham sind aufgrund der mittelfristigen Steuerschätzung angepaßt worden. Die Prognose geht weiterhin von einer Mindereinnahme bis zum Jahre 2011 aus. Erst danach werden Steigerungen prognostiziert. Für Nordenham werden Einnahmen aus den Anteilen an der Einkommensteuer in Höhe von 6.600.000 für 2011 erwartet. Dies bedeutet eine Verbesserung um rd. 1,0 Mio €. Die Prognosen für die Umsatzsteuer ab 2012 gehen von einer leichten Anhebung aus.

4. Zuwendungen und Umlagen

Da die Gewerbesteuereinnahmen der Stadt in den letzten zwei Jahren teils drastisch zurückgegangen sind, waren die Schlüsselzuweisungen durch das Land eine Hauptfinanzierungsquelle für die Stadt Nordenham. Durch die Finanzkrise und der damit einhergehenden verminderten Verteilungsmasse (Steuerminderungen) waren Mindereinnahmen von 20,2 % zu erwarten. Zudem hat das Land die Schlüsselzuweisung aufgrund der hohen Liquiditätskredite der Kommunen nicht mehr auf die Finanzhaushalte und Ergebnishaushalte aufgeteilt, sondern nur noch für die Entlastung der Ergebnishaushalte vorgesehen. Eine Verminderung der langfristigen Investitionsdarlehen ist seit 2010 nicht mehr gegeben. Ab 2011 gehen die Orientierungsdaten wieder von guten Steigerungsraten aus.

Die hier verbuchten Zuschüsse sind hauptsächlich im Bereich der Kindergärten angesiedelt. Neben dem bisher schon gezahlten Zuschuß erfolgt durch das Land ein Ausgleich für das beitragsfreie Kindergartenjahr. Der Landkreis Wesermarsch zahlt ebenfalls einen Zuschuß als Ergebnis der verhandelten Vereinbarung der Kommunen bezüglich der Kindergartenbetreuung. Als Verhandlungsergebnis wurde aber auch vereinbart, dass 50 % der Kreiszuschusses über eine Erhöhung der Kreisumlage finanziert wird. Für 2008 fand diese Regelung bereits Anwendung.

5. Auflösungserträge aus Sonderposten

Hierbei handelt es sich um erhaltene Zuschüsse, Beiträge für Kanalbau- und Straßenbaumaßnahmen, für Straßenausbaumaßnahmen oder für Zuwendungen Dritter für Investitionen in der Vergangenheit. Diese Sonderposten sind entsprechend der damit finanzierten Investitionsgüter abzuschreiben, also als Ertrag aufzulösen. Da die Stadt Nordenham auch über das Konjunkturprogramm und auch über Sanierungsvorhaben Zuschüsse für Investitionen erhalten hat, wird hier genau wie bei den Abschreibungen auch, laufend eine Anpassung nach Neuberechnung erforderlich sein.

6. Öffentlich-rechtliche Gebühren

Die wichtigste Position in diesem Bereich stellen die Kanalbenutzungsgebühren dar.

Die Gebühren für die Benutzung der öffentlichen zentralen Abwassereinrichtungen sind für das Jahr 2010 aufgrund der zweckgebundenen Rücklage gesenkt worden und weisen damit im Vergleich zu allen Kommunen in Niedersachsen einen äußerst günstigen "Preis" für die Abwasserentsorgung aus.

In Zusammenhang mit der über die Haushaltskonsolidierung vorzunehmenden Grundsteuererhöhungen bleibt festzuhalten, dass mit der gleichzeitigen Gebührenanpassung 2010 nur eine geringe zusätzliche finanzielle Belastung der Bürger bei den Grundstücksabgaben entstanden ist. Eine Anhebung der Gebühren 2011 ist nicht geplant.

	Gebühr	Gesamtaufkommen
a. Schmutzwassergebühr	1,44 €/m ³	1.920.600,00
b. Niederschlagswasser Haushalte	0,36 €/m ²	443.500,00
c. Niederschlagswasser Straßen	0,39 €/m ²	311.800,00

Die Straßenreinigungsgebühr in der Fußgängerzone ist seit Jahren nicht geändert worden. Hier ist seitens der kommunalen Prüfungsanstalt festgestellt worden, dass die intensive Reinigung nicht in voller Höhe auf die Anlieger umgelegt wird. Es ist daher beabsichtigt, die Gebührenhöhe neu zu berechnen und eine Anpassung vorzunehmen.

Zurzeit stellen sich die Gebühren wie folgt dar:

Reinigungsstufe I	19,08 €/lfd. Meter
Reinigungsstufe II	8,84 €/lfd. Meter

Eine Anpassung der Gebühren fand bereits bei den Eintrittsentgelten der Hallenbäder statt. Im Rahmen der Überprüfung der Standards und der angemessenen Anpassung von Gebühren und Entgelten wird eine weitere moderate Anpassung vorzunehmen sein.

Bei den Baugenehmigungsgebühren wird eine Minderung der Einnahmen von 370.000 € auf 200.000 € veranschlagt. Gleichzeitig sind aber auch die anteiligen Kosten für Bezahlung von privaten Prüfingenieuren zu mindern, da zurzeit geplante Großbauprojekte noch nicht als gesichert betrachtet werden. Gebühren werden demnächst eher für Neubauten im Wohnbereich zu erheben sein.

Bei den Kindergartengebühren wird von einer Steigerung von rd. 6.800 € ausgegangen. Durch Anpassung der Gebühren wird ab dem Kindergartenjahr 2011 eine weitere Steigerung von 16.400 € zu erwarten sein. Durch die Anpassung der Gebühren für die Nachmittagsbetreuung sind für 2011 5.400 € und ab dem Jahre 2012 13.000 € jährlich weniger an Zuschüssen an die freien Träger zu zahlen. Der Haushalt wird demnach dauerhaft um 12.200 € bzw. ab 2012 um 29.400 € entlastet.

7. Privatrechtliche Entgelte

Bei der Friedeburg gab es Anpassungen in Höhe von rund 10.000 €. Die Verpachtung des Zwischentraktes und die damit verbundene Bewirtschaftung des Saales ist auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen. Es bleibt zu hoffen, dass eine Verpachtung in 2011 realisiert werden kann. Der Ankauf des Kücheninventars dient diesem Zweck. Die momentane Lösung über die Deutsche Angestellten-Akademie ist zwar sehr gut, aber keine Dauerlösung.

Die Anpassung der Pachten bei den Kleingartenvereinen und die Kürzung des Zuschusses an den KGV Wasserturm haben eine Verbesserung des Haushaltes um 17.000,00 € dauerhaft zur Folge.

8. Kostenerstattungen

Hier werden Erstattungen von Dritten für Aufwendungen gebucht. Unter anderem werden Kostenerstattungen des Landkreises für die Nutzung der städtischen Gebäude, Sportanlagen und Kreisstraßen gezahlt.

Ab 2011 wird der Landkreis die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Rathauses nicht mehr anmieten.

Daher entfallen Kostenerstattungen in Höhe von rd. 14.000,00 €. Weiterhin nutzt der Landkreis die Südschule nicht mehr. Hierfür entfallen jährlich rd. 129.000,00 €

9. Zinsen und ähnliche Finanzerträge

Die Ausleihungen der Stadt an Arbeitgeber und verbundenen Unternehmen werden jährlich getilgt, so dass eine immer geringerer Zinsertrag entsteht. Gleichzeitig erhöht sich jedoch auch die Finanzierungsmasse um die getilgten Beträge. Die hier gebuchten Gewinnanteile sind nach oben angepasst worden.

10. Sonstige ordentliche Erträge

Hierzu zählen insbesondere die Erträge aus Konzessionsabgaben aus Strom und Gas. Nach den Abrechnungen aus 2010 und den angekündigten Gaspreiserhöhungen konnten Anpassungen vorgenommen werden. Auch die Auflösungen aus der Personalrückstellungen werden hier gegengebucht.

3 B Bei den Aufwendungen sind folgende Positionen erwähnenswert:

Bezeichnung	Planung 2010	Planung 2011	Vergleich
13 Personalaufwendungen	13.212.200,00	13.446.800,00	234.600,00
davon Beamte	1.563.400,00	1.517.000,00	-46.400,00
Arbeitnehmer	10.995.300,00	11.164.800,00	169.500,00
Pensionsrückstellung	290.800,00	415.000,00	124.200,00
Rückstellung Altersteilzeit	234.200,00	209.900,00	-24.300,00
15 Sach- und Dienstleistungen	6.763.400,00	6.507.100,00	-256.300,00
davon Gebäudeunterhaltung	990.400,00	901.800,00	-88.600,00
Unterhaltung unbeweglichen Verm.	911.100,00	701.700,00	-209.400,00
Unterhaltung bewegliches Verm.	519.400,00	482.100,00	-37.300,00
Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	152.700,00	132.800,00	-19.900,00
Leasing	32.200,00	36.200,00	4.000,00
Bewirtschaftung der Grundstücke	1.554.100,00	1.376.100,00	-178.000,00
Verwaltungs- u Betriebsaufw.	2.100.700,00	2.399.700,00	299.000,00
16 Abschreibungen	3.560.900,00	3.781.200,00	220.300,00
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.042.200,00	1.933.000,00	-109.200,00
18 Transferaufwendungen	13.831.650,00	15.532.250,00	1.700.600,00
davon Zuweisungen und Zuschüsse	1.768.350,00	1.873.350,00	105.000,00
Gewerbesteuerumlage	922.000,00	1.655.500,00	733.500,00
allgemeine Umlagen an Gemeinden	10.321.300,00	11.183.400,00	862.100,00
19 sonstige ordentliche Aufwendungen	1.372.200,00	1.071.800,00	-300.400,00
davon ehrenamtliche und sonstige Tätigk.	159.500,00	171.500,00	12.000,00
Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	168.700,00	175.200,00	6.500,00
Geschäftsaufwendungen	598.000,00	272.200,00	-325.800,00
20 SUMME ordentliche Aufwendungen	40.782.550,00	42.272.150,00	1.489.600,00

Erläuterungen zu den Aufwendungen

1. Personalaufwendungen

Neben den Zu- und Abgängen aufgrund Erreichen des Ruhestandsalters, sind auch die vertraglichen Höhergruppierungen und eine Tarifierung um 1,3 % eingepreist worden.

Von der Gesamtsumme sind allerdings die Zuführungen an die Pensionsrücklage und die Altersteilzeitrücklage nicht kassenwirksam.

Durch die Vorhaltung von Personal in den einzelnen Betrieben und Einrichtungen sind die gesetzlichen und auch die freiwilligen Leistungen der Stadt Nordenham erst möglich. Mit der Erzielung von Einnahmen in diesen Einrichtungen sind daher auch die Personalaufwendungen unter diesem Blickwinkel zu betrachten. Somit ergibt sich gegenüber dem Haushaltsansatz folgende Betrachtungsweise:

Ansatz Produkt	Bezeichnung	Bemerkung
13.446.800 €		
-3.000 € Organisation und zentrale Dienstleistungen	Dienstausfallentschädigung (Schöffentätigkeit, Zeuge Land	
-254.700 € Personalwirtschaft	Verschiedene Personalaufwendungen	Landkreis
	(Sozialhilfe, Grundsicherung etc.)	
-408.800 € Personalwirtschaft	Erträge aus der Auflösung von	-
	Personalrückstellungen	
-55.640 € ** Kulturelle Veranstaltungen	Anteilige Erträge (40%) auf Personalaufwand	BgA (Betrieb gewerbl.Art)
-45.200 € Bücherei	Personalaufwendungen	Landkreis
-340.000 € Eigene Betreuung	Finanzhilfe auf Personalkosten	Land
-174.250 € ** Eigene Betreuung	Anteilige Finanzhilfe (85%) für beitragsfreies Jahr	Land
-530.060 € ** Eigene Betreuung	Anteiliger Zuschuss (85%) auf Personalkosten	Landkreis
-282.030 € ** Eigene Betreuung	Anteilige Benutzungsgebühren (85%)	-
-10.500 € Eigene Betreuung	Zuwendungen Personalkosten für Sprachförderung	Land

-90.000 € Eigene Betreuung	Erstattung der Personalkosten für Integration	Landkreis
-19.200 € ** Sportzentrum Mitte	Anteiliger Betriebskostenzuschuss (32%)	Landkreis
-15.210 € ** Sportanlage Luisenhof	Anteiliger Betriebskostenzuschuss (39%)	Landkreis
-1.100 € ** Sportanlage Abbehausen	Anteiliger Betriebskostenzuschuss (5%)	Landkreis
-10.810 € ** Eigene Sport- und Turnhallen	Anteiliger Betriebskostenzuschuss (46%)	Landkreis
-132.129 € ** FzB Störtebeker	Anteilige Erträge (53%)	BgA
-19.173 € ** Hallenbad Nord	Anteilige Erträge (33%)	BgA
-659.000 € Bau, Unterhaltung und Betrieb von Abwasserz	Deckung über Abwassergebühr	-
-26.320 € ** Friedeburg	Anteilige Erträge (40%) auf Personalaufwand	BgA
-17.150 € ** Eigene Wochenmärkte	Anteilige Erträge (35%) auf Personalaufwand	BgA
-2.164.000 € Baubetrieb	Sachkosten in den Produkten	-

8.188.528 €

**Aufgeteilt gem. Verhältnis von Personalaufwand zu Sachaufwand

2. Versorgungsaufwendungen

Durch die geänderte Haushaltssystematik sind hier zurzeit noch keine Beträge eingesetzt. Eventuell kommt es noch bei einzelnen Beträgen für Beihilfe für Pensionäre zu Verschiebungen aber nicht zu Erhöhungen der Ansätze.

3. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

In dem Bereich der Gebäudeunterhaltung ist es zu einer geringfügigen Einsparung gegenüber dem Vorjahresansatz gekommen, wobei zwischen den Produkten und Einrichtungen teilweise größere Verschiebungen nach festgestelltem Unterhaltungsaufwand vorgenommen wurden. Den Verschiebungen liegen Einzelreparaturmaßnahmen zugrunde.

Anpassungen der Strom- und Gaspreise wurden für die kommenden Jahren defensiver angesetzt, weil sich die erheblichen finanziellen Anstrengungen im investiven Bereich in den städtischen Einrichtungen für energetische Maßnahmen positiv auswirken werden. Die zu erwartenden Mehraufwendungen für den Gasbezug sollen durch Einsparungen aufgefangen werden.

Ein besonderer Schwerpunkt wird in der nächsten Zeit der Austausch der ab dem Jahre 2015 verbotenen Quecksilberlampe im Straßenbereich darstellen. In einem wichtigen ersten Schritt sind für das Jahr 2010 Austauschmöglichkeiten auf LED in Höhe von 250.000,00 € eingeplant. Im gleichen Zuge sollen ebenfalls die Signalanlagen angepasst werden. Der Aufwand wird in den nächsten Jahren fortgesetzt. Fördermöglichkeiten werden zurzeit noch geprüft. Nach den derzeitigen Berechnungen entfallen auf die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung und der Signalanlagen im Jahre 2009 Kosten in Höhe von 560.900 €. Durch den Austausch mit einem jährlichen Aufwand von 250.000 € bis zum Jahre 2014 (=Gesamt 1.250.000,00 €) werden ab dem Jahre 2015 laufende Kosten von rd. 190.000,00 € jährlich bei den Energieaufwendungen eingespart. Diese Einsparungen erhöhen sich in jedem Jahr und werden in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Weiterhin wird das Projekt mit Investitionen unterstützt, wenn komplette Straßenbeleuchtungen abgängig sind. Dies wurde zunächst für 2010 im investiven Bereich für die Straßen vom Am Kiebitzberg bis zur Luisenstraße geplant. Allein durch diese Sanierung der Beleuchtung für 62 Lichtpunkte wird eine Kosteneinsparung von 75 % erreicht. Für die Folgejahre werden einzelne Stadtteile saniert werden. 2011 ist ab Sielstraße eine Sanierung geplant.

Neben der Gebäudeunterhaltung wird auch der Aufwand für die unbebauten Grundstücke, die Steuern und Gebühren sowie die Verbrauchsgüter, Material, Ausbildungskosten, Betriebsstoffe usw. hier verbucht. Die Anhebung der Grundsteuer ab 2010 ist angepasst worden, auch sind Mehrbeträge an die Wasser- und Bodenverbände zu zahlen. Die Mittagsverpflegung ist nach politischem Beschluss um 11.000,00 € auf 33.000,00 € angehoben worden.

Die Aufwendungen für private Prüffingenieure wurde um 230.000,00 € vermindert, da entsprechende Baugenehmi-

gungsgebühren nicht erwartet werden.

Die Mittel für den Präventionsrat wurden aufgestockt auf nunmehr 27.700,00 €, um hier in den Schulen tätig werden zu können.

Folgende erhebliche Aufwendungen werden aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen geleistet:

Unterhaltung der Kreisstraßen im Auftrage des Landkreises wobei dies der jährlichen Erstattung entspricht.	67.000,00
---	-----------

4. Abschreibungen

Die Abschreibungen werden durch neue Investitionen beeinflusst und sind jährlich fortzuschreiben.

5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinslast bezieht sich auf zwei unterschiedliche Arten von Darlehen:

1. langfristige Investitionsdarlehen
2. kurzfristige Liquiditätsdarlehen

Das später noch näher zu erläuternde Investitionsprogramm sieht eine ganze Reihe von wertsteigernden Maßnahmen vor.

Gegenläufig reduzieren sich hierdurch in erheblichem Maße die Energiekosten und der Unterhaltungsaufwand dieser Objekte in den Folgejahren.

6. Transferaufwendungen

Hierunter werden Übertragungen von Ressourcen auf Dritte ohne Gegenleistungsverpflichtung verstanden. Dazu gehören Zuschüsse an Vereine, aber auch die Betriebskostenbeteiligung der Stadt an Kindergärten der freien Träger.

Ebenfalls ist die Gewerbesteuerumlage aufgrund der Einzahlungen bei der Gewerbesteuer hier zu führen, als auch die Kreisumlage. Beide Transferleistungen sind aufgrund der guten Entwicklung gestiegen.

Vor dem Hintergrund, dass der Landkreis weiterhin zu den finanzstärksten Landkreisen (Gewerbesteuerentwicklung) im Land Niedersachsen zu zählen ist, müsste aufgrund der in anderen Kommunen bereits erfolgten und jetzt auch hier bemerkbaren Aufwärtsbewegung bei den Betrieben und den damit verbundenen Gewerbesteuer-Mehreinnahmen wieder eine Senkung der Kreisumlage in Betracht gezogen werden.

Für Nordenham würde dies eine Entlastung in erheblicher Höhe und damit im Hinblick auf die Haushaltssicherungsproblematik einen Erhalt ihrer Einrichtungen und Angebote bedeuten.

Zur Zeit berechnet der Landkreis die Kreisumlage wie folgt bei einem Hebesatz von 59,25 % auf die Steuerkraftmeßzahl und einem Hebesatz von 55,75 % auf die errechneten Schlüsselzuweisungen	10.987.900,00
--	---------------

Vor dem Jahre 2006 galt ein Hebesatz auf die Steuerkraftmeßzahl von 57 % und der Hebesatz auf die Schlüsselzuweisungen von 53,5 % Danach würde sich heute eine Kreisumlage ergeben in Höhe von	10.566.000,00
--	---------------

Entlastung für die Stadt Nordenham	421.900,00
---	-------------------

Vor dem Jahre 2004 galt der Hebesatz für die Steuerkraftmeßzahl von 53,5 % und der Hebesatz auf die Schlüsselzuweisungen von 53,5 % Danach würde sich heute eine Kreisumlage ergeben in Höhe von	10.033.100,00
--	---------------

Entlastung für die Stadt Nordenham	954.800,00
---	-------------------

Durch das bereits beschlossene Haushaltssicherungskonzept 2010 sind die Zuschüsse an Vereine und Verbände um 25 % gekürzt worden. Weitere Kürzungen sind leider unumgänglich.

Folgende erhebliche Aufwendungen werden aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen geleistet:

Zuschuss Kinderschutzbund / Jugendarbeit	50.000,00
Zuschuss Arbeitslosenzentrum	56.000,00
Zuschuss VBW	97.500,00
Zuschuss Rüstringer Heimatbund	79.900,00
Zuschüsse an freie Kindergartenträger-Betrieb	1.211.400,00
Zuschüsse an freie Kindergartenträger-Gebäude	137.500,00
Zuschuss an die Wirtschaftsförderung LK	12.500,00

7. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die bisher hier ausgewiesenen Aufwendung für das Projekt "QIN" sind als Investitionen in den Finanzhaushalt verschoben worden.

Weiterhin ist hier auch die Beteiligung der Stadt Nordenham an den Defiziten der Weserfähre zu buchen.

8. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Erträge durch Vermögensveräußerung über dem Buchwert bzw. unter dem Buchwert sind nachzuweisen. Außerdem sind empfangene Schadensersatzleistungen und periodenfremde Erträge und Aufwendungen hier zuzuordnen. Naturgemäß sind solche Aufwendungen und Erträge grundsätzlich nicht planbar.

9. Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen

Diese Beziehungen stellen zwar nicht zahlungswirksame Vorgänge dar, sind aber in den einzelnen Produkten nachzuweisen. Zurzeit werden hauptsächlich Leistungen des Baubetriebes für andere Produkte erfasst. Durch die erstmalige Rückführung des Baubetriebes im Jahre 2009 gleichzeitig mit der Einführung der Doppik ist es zu Verschiebungen der Rechnungslegung von der Verwaltung zum Baubetrieb gekommen. Beispielsweise hat der Baubetrieb die Rechnung für die Lieferung von Salz für den Winterdienst zu bezahlen, da die Straßenreinigung zu seinen Aufgaben zählt. Bisher hat der Baubetrieb diese Rechnung bezahlt und über das Tiefbauamt eine Erstattung durch Rechnungslegung erhalten. Diese Erstattung findet in der Doppik in der Form nicht mehr statt, da echtes Geld nicht mehr fließt, sondern eine Verrechnung außerhalb des Kassengeschäftes vorgenommen wird. Dieses geschieht nach dem Grundsatz, dass eine Rechnung nur einmal tatsächlich über die Stadtkasse gezahlt werden kann. Bei der Planung 2011 sind die Ansätze der internen Leistungsverrechnung mit dem Bauhof den Gegebenheiten angepasst worden und werden auch in Zukunft einer genauen Überprüfung unterordnet.

Mittelfristig ist geplant, weitere interne Leistungsbeziehungen abzubilden, um den Aufwand der einzelnen Produkte genau feststellen zu können.

10. Haushaltssicherungskonzept

Die Haushaltslage ist von der Aufsichtsbehörde wie folgt bewertet worden:

- ⇒ Die dauernde Leistungsfähigkeit ist nicht gesichert!
- ⇒ Im Ergebnishaushalt finden sich keine ernsthaften Bemühungen zur Haushaltssicherung wieder!
- ⇒ Die Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben gegenüber der Allgemeinheit ist nicht ausreichend beachtet!
- ⇒ Die Stadt Nordenham ist gehalten, ihre Maßnahmen zur Haushaltssicherung unbedingt zu intensivieren!
- ⇒ Stadt ist im Hinblick auf die Steuereinnahmekraft ab 2009 und 2010 nicht mehr als finanzstark anzusehen!
- ⇒ Die Stadt wird gefordert sein, Aufwendungen im Ergebnishaushalt unbedingt der veränderten Ertragssituation anzupassen!
- ⇒ Der Aufwand für die freiwilligen Leistungen ist dem Grunde oder der Höhe nach beeinflussbar!

- ⇒ Den freiwilligen Leistungen gilt besonderes Augenmerk im Hinblick auf Sicherung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit
- ⇒ Es ist ein strenger Maßstab bei der Bereitstellung von freiwilligen Leistungen anzulegen!
Bewertungskriterien könnten sein:
 - ☆ *Besteht ein dringendes öffentliches Bedürfnis für die Wahrnehmung der Aufgabe?*
 - ☆ *Ist die Zuschusshöhe dem angestrebten Zweck angemessen?*
 - ☆ *Ist die freiwillige Leistung mit Blick auf die Strategieansätze der Stadt zielführend?*
- ⇒ Die derzeit großzügig vorgehaltene Versorgungsstruktur im Bereich einiger Einrichtungen entspricht nicht mehr der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt!
- ⇒ Es sind künftig schmerzliche Einschnitte im Leistungsspektrum notwendig!
- ⇒ Das Haushaltsvolumen reicht nicht, um in absehbarer Zeit den Haushalt strukturell auszugleichen!

Hieraus werden folgende Maßnahmen entwickelt:

- ☆ Es sind Ziele zu formulieren
- ☆ Maßnahmen sind stärker zu konkretisieren - Art, Zeit, Teilziele, Controlling
- ☆ Verbindlichkeiten sind zu schaffen und einzufordern
- ☆ Steuerungsmöglichkeiten sind zu prüfen und einzurichten
- ☆ Das Bewusstsein ist zu schärfen - Haushaltssicherung ist Aufgabe der gesamten Verwaltung und der Politik
- ☆ Einbindung der Akteure ist wichtig - Runder Tisch, auch Bürger und Vereine können beteiligt werden.
- ☆ Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben sind zu trennen
- ☆ Alternativen sind aufzuzeigen - Externe Betreiber, Beteiligung von Vereinen, Einbindung von Ehrenamtlichen
- ☆ Die Standards sind zu hinterfragen und zu definieren.

Die einzelnen konkreten Maßnahmen ergeben sich aus dem Haushaltssicherungskonzept. Ein Bericht über die bisher durchgeführten Maßnahmen ist ebenfalls beigefügt. Siehe hierzu auch die Ausführungen zu 8.a ff. .

4. Finanzhaushalt

Im Finanzhaushalt werden die Einzahlungen und Auszahlungen dargestellt.

Entwicklung der Zahlungsmittel ab 2010

Vorläufiger Anfangsbestand	4.843.532,00 ohne Liquiditätsdarlehen
Stand der Liquiditätsdarlehen Ende des Jahres	11.000.000,00 Gesamtsumme
Finanzierungsmittelbestand nach Finanzplan	-7.298.050,00
Ablösung des Liquiditätsdarlehens	-2.000.000,00
voraussichtlicher Endbestand 2010	6.545.482,00 = Anfangsbestand 2011

5. Investitionsprogramm

5.1. Das Investitionsprogramm wird als Anlage beigefügt. In der Zusammenstellung sind die Einzelmaßnahmen und die sich daraus ergebende Verschuldungsentwicklung dargestellt.

Die Darstellung im Investitionsprogramm wird zukünftig anhand von Projekten erfolgen.

Nach den umfangreichen und durch das Konjunkturpaket II begleiteten Sanierungsmaßnahmen in den Schulen und Sporthallen ist dringend eine Entschuldung notwendig, um die Haushaltsbelastung durch den dadurch entstandenen Schuldendienst wieder abzubauen.

Daher sind die Investitionen im Jahre 2011 und in den nächsten Jahren eingeschränkt worden. Die Planung der Investitionen soll entsprechend den Vorschriften des § 12 GemHKVO durch Ausfertigung von Folgekosten und Wirtschaftlichkeitsberechnungen verbindlich gestaltet werden und die Haushaltsentwicklung positiv beeinflussen.

5.2 Folgende Maßnahmen gelten als nicht zwingend notwendig und werden aus dem Investitionsprogramm herausgenommen:

Beschreibung	2011	2012	2013	Bemerkung
Erneuerung Schulhof	110.000	120.000		2011: Lehrerparkplätze GS Atens / Plaatweg 23.000 // Lehrerparkplätze GS Nord 33.000 // Schulhof GS Süd
Erneuerung Kunstrasenplatz		380.000		380.000 in 2012 / Sportzentrum Mitte
Fußweg zum Markthamm inkl. Beleuchtung	10.000			anstatt Parkplatz / Schule Abbehausen
Schulstraße Kanalbaukosten	0	302.500		
B-Plan 118		1.400.000		Verbindung B 212 und Mittelweg
Helgoländer Damm				
Zuschuss Helgoländer Damm				
Industriestraße / Sandinger Weg	50.000	350.000	350.000	Es sind aber 100.000 € für Planungskosten in 2012 eingeplant
Parkplätze Sporthalle Abbehausen		150.000		Antrag Ortsrat vom 15.09.2010: Mittel nach 2011 vorziehen
Gateteiche	15.000			Beseitigung Mauer + Höhenangleich zur Mauer
LEADER "Verbindungsweg Großensiel - Kleinensiel"	70.000			Die kalkulierten Aufwendungen würden die Fördergrenze deutlich überschreiten
LEADER Zuschuss EU "Verbindungsweg Großensiel - Kleinensiel"	-28.300			50% ohne Mehrwertsteuer
LEADER Zuschuss WIB "Verbindungsweg Großensiel - Kleinensiel"	-28.300			50% ohne Mehrwertsteuer
Beteiligung andere Kommunen "Verbindungsweg Großensiel - Kleinensiel"	-8.900			Mehrwertsteueranteil anderer Kommunen
LEADER "Maritimer Promenadenweg Blexen"	20.000			Eigenanteil Stadt Nordenham: 12.000€
LEADER Zuschuss WIB "Maritimer Promenadenweg Blexen"	-8.000			
SUMME	201.500	2.702.500	350.000	Gesamt: 3.254.000

5.3 Verpflichtungsermächtigungen

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen der Fortführung der Maßnahme über das Haushaltsjahr hinaus und sollen den bisher praktizierten Bildungen von Haushaltsresten entgegenwirken, um die Darstellung des Haushaltes realistisch zu gestalten. Mit der Verpflichtungsermächtigung sollen mehrjährige Projekte realisiert werden.

Produkt		VE 2011, Gesamt	2012 fällig	2013 fällig	2014 fällig
36.5.001 Eigene Betreuung	Sanierung Kindergärten	100.000 €	100.000 €		-
42.4.001 Sportzentrum Mitte	Energetische Sanierung	200.000 €	200.000 €	-	-
42.4.005 Eigene Sport- und Turnhallen	Sanierung Sporthallen	180.000 €	180.000 €		-
51.1.003 Planung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	Müllerstraße, 2. BA	280.000 €	280.000 €	-	-
	Kanal, Klaus-Groth-Straße	60.000 €	60.000 €	-	-
57.3.004 Baubetrieb	Erwerb Fahrzeuge	136.000 €	136.000 €	-	-
SUMME		956.000 €	956.000 €		

6. Langfristige Verbindlichkeiten / Verschuldung

6.a Investitionshaushalt

Die mittelfristig durch die geplanten Maßnahmen entstehende Neuverschuldung ist im Investitionsprogramm nachgewiesen. Die nachfolgende Tabelle berücksichtigt die in 2010 geplanten aber nicht aufgenommen Darlehen: (Siehe 2.c)

Jahr	2011	2012	2013	2014
01.01. Planungsbasis 03/2010	41.640.900,00	41.546.900,00	41.952.800,00	41.952.800,00
01.01. Planungsbasis 11/2010	39.906.267,14	39.434.917,14	39.487.017,14	39.999.317,14
+ Neuverschuldung	0,00	52.100,00	512.300,00	0,00
- Entschuldung inkl. HER	471.350,00	0,00	0,00	981.400,00
= 31.12.	39.434.917,14	39.487.017,14	39.999.317,14	39.017.917,14
Verbesserung	2.205.982,86	2.059.882,86	1.953.482,86	2.934.882,86
abzüglich rentierliche Schulden *	14.700.000,00	14.100.000,00	13.500.000,00	12.900.000,00
verbleiben	24.734.917,14	25.387.017,14	26.499.317,14	26.117.917,14
Pro-Kopf-Verschuldung	1.447,37	1.449,28	1.468,08	1.432,06
inkl. rentierliche Schulden	907,84	931,77	972,59	958,60

* Die rentierlichen Schulden sind Ausleihungen an Dritte. Diese Schulden werden direkt nicht getilgt, da die Einnahmen hierfür als Pachteinahmen im Ergebnishaushalt gebucht werden. Die hierfür aufgenommenen Darlehen und deren Tilgung müßten bei der Berechnung der Nettokreditaufnahme unberücksichtigt bleiben, wollte man eine Entschuldung nachweisen. Anders ausgedrückt: Dadurch, dass die Pachten nicht nur für die Tilgung genutzt werden, kommt es nach Ablauf der Darlehensfrist nicht zu einer Verringerung des Schuldenstandes. Zu berücksichtigen ist, dass es durch die Investitionen im energetischen Bereich und auch bei den Grundstückserwerben zu kurzfristigen Rückläufen kommt, da Energieeinsparungen und Unterhaltungseinsparungen erzielt werden. Die Auswirkungen werden in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt.

Versorgungsrücklage

Im Versorgungsrücklagengesetz ist geregelt, dass die Kommunen der Versorgungsrücklage keine Mittel mehr zuführen müssen, es aber weiter können. Von dieser Kann-Möglichkeit macht die Stadt Nordenham Gebrauch. Dies entspricht auch einem einstimmigen Votum der Versorgungskasse Oldenburg vom 25.11.2009.

6.b Liquiditätsdarlehen

Daneben ist mit einer weiteren Darlehensaufnahme zu rechnen, da die Kassenliquidität sichergestellt werden muß.

1. aus Liquiditätsdarlehen bis 31.12.2010	16.500.000 €
voraussichtliche Entschuldung	-2.500.000 €
2. Rücklagen:	
Schmutzwasserrücklage	901.000 €)
Regenwasserrücklage	66.000 €)
Tierheimrücklage	3.000 €)
Köhrmann-Rücklage	40.000 €)
Mobile Bühne	1.000 €)
City-Süd-Sanierungserträge	10.000 €)
Mehrerlöse aus Abschreibungen	500.000 €)
Zwischensumme	15.521.000 €
Unterdeckung 2011 voraussichtlich	531.300 €
Kalkulatorische Sicherheit	1.000.000 €
Endsumme	17.052.300 €

Aufgrund der positiven Entwicklung 2010 wird daher ein Bedarf von 17.000.000 € eingeplant. Die Aufnahme dieser Mittel wird nur dann erforderlich werden, wenn die Kassenliquidität dies tatsächlich erfordert.

7. Demografische Entwicklung

Die im Demografiebericht prognostizierten sinkenden Bevölkerungszahlen lassen sich durch aktives Handeln und Gegenstrategie positiv beeinflussen. Die Daten des Demografieberichtes bilden die Grundlage für Handlungsempfehlungen für Entscheidungen, die in die Zukunft gerichtet sind.

Die eingesetzte Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ hat eine Handlungsempfehlung für die zukünftige Entwicklung der Kinderbetreuung in Nordenham erarbeitet, die inzwischen von den politischen Gremien beschlossen wurde.

Für die Themen „Zukünftige Entwicklung der Grundschulen“ und „Sportstättenleitplanung“ hat die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe die notwendigen Daten zusammengetragen und der Ratsarbeitsgruppe vorgelegt. Die Entscheidung für die zukünftigen Grundschulstandorte wird von den Ratsmitgliedern diskutiert und in absehbarer Zeit beschlossen werden. Die Sportstättenleitplanung kann erst danach anschließend beraten werden, da teilweise die weitere Nutzung der Sportstätten von den Schulstandorten abhängt.

Die Themen „Senioren in Nordenham“ und „Wohnen in Nordenham“ sind in der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe in Vorbereitung. Die weiteren Handlungsfelder folgen noch.

Die Handlungsempfehlungen orientieren sich an dem Ziel, Nordenham auch in Zukunft als lebenswerte Stadt für Menschen aller Altersgruppen attraktiv zu machen, um die Abwanderung zu verkleinern und Anreize für Zuzüge zu bieten.

Maßgeblich für den Standort Nordenham ist allerdings die wirtschaftliche Entwicklung. Die demografische Entwicklung wird wesentlich von den Arbeitsmöglichkeiten in Nordenham beeinflusst.

Der Demografiebericht ist dem Haushalt 2011 beigefügt und kann auf der Homepage der Stadt Nordenham im Downloadbereich eingesehen werden.

8. Ausblick auf die Haushaltsplanung der folgenden Jahre

Neben den Erläuterungen zu den einzelnen Erträgen und Aufwendungen können noch folgende Ausführungen ergänzt werden:

a. Ergebnishaushalt:

Jahr	2011	2012	2013	2014
Plandatenbasis 03/2010	36.222.400	37.999.200	39.786.300	
Plandatenbasis 11/2010	39.938.100	42.004.000	43.803.100	44.238.300
Plandatenbasis 03/2010	43.111.660	44.050.950	44.850.550	
Plandatenbasis 11/2010	42.272.150	44.588.100	45.391.000	44.609.500
Plandatenbasis 03/2010	-6.889.260	-6.051.750	-5.064.250	0
Plandatenbasis 11/2010	-2.334.050	-2.584.100	-1.587.900	-371.200
Verb./Verschlechterung	4.555.210	3.467.650	3.476.350	

Für die folgenden Jahre ergeben sich noch weitere Entwicklungspotentiale, auch hinsichtlich der Haushaltssicherung:

Nach Überprüfung der Zuständigkeiten wird davon ausgegangen, dass eine Überprüfung stattfindet, bei

1. der Kostenbeteiligung des Landkreises für die Vorhaltung von Räumlichkeiten für die KFZ-Stelle
- Mietanpassung
2. der vertraglichen Regelung mit dem Landkreis, wonach die Stadt Nordenham die Unterhaltung der Kreisstraßen für 67.000 € im Jahr gewährleistet
- die Unterhaltung für fremdes Vermögen verbietet sich nach der Systematik der Doppik
- die Gesamtaufwendungen waren jeweils höher als die Erstattungssumme
- die Reparatur- und die Sanierungskosten sind durch den letzten Winter unverhältnismäßig angestiegen
3. die vertraglichen Regelungen über die Einrichtungen von Kindertagesstätten - eigene und fremde Träger - bedürfen aus Sicht der Stadt dringend einer Neuordnung (die Kernzuständigkeit liegt beim Landkreis)
- Einsparung und Entlastung des städtischen Haushaltes um jährlich 800.000 € für bisher eigene Kitas

- Einsparung und Entlastung des städtische Haushaltes um jährlich 600.000 € für fremde Träger
- Einsparung des Schuldendienstes bei künftig notwendigen Sanierungen in den Gebäuden
- Evtl. Übernahme der Gebäude durch den LK und damit Übernahme der Restdarlehen für frühere Sanierungen

4. Minderaufwendungen und Mehrerträge durch den Masterplan "Energieeinsparung/-einspeisung"

- hier geht es um die Schaffung von kostengünstigen Versorgungsmöglichkeiten mit Einergie für städtische aber auch für andere Einrichtungen. Die Potentiale hierdurch werden zurzeit ermittelt.

5. der weiteren Einschränkung der direkten Zuschüsse, um die Kostenstruktur (indirekte Zuschüsse) beizubehalten.

6. dem Verkauf aller Vermögensgegenstände, die für die Aufgaben der Stadt Nordenham direkt nicht mehr benötigt werden.

- Minderung der Darlehensaufnahme, dadurch Einsparungen beim Schuldendienst

b. Finanzhaushalt / Kassenlage

Jahr	2011	2012	2013	2014
Verschuldung aus lfd Verwaltungstätigkeit zum 01.01. Liquiditätskredit	16.500.000	10.559.850	12.593.000	13.891.050
Voraussichtliche Verbesserung des Vorjahres gegenüber den Plandaten	-7.800.000			
Verschuldung / Saldo aus lfd	145.050	393.550	-429.050	-1.207.550
Verwaltungstätigkeit im Jahr				
Auszahlung für Tilgungen Kredite	1.714.800	1.639.600	1.727.100	1.781.100
Verschuldung aus lfd	10.559.850	12.593.000	13.891.050	14.464.600
Verwaltungstätigkeit Summe zum 31.12.				
geplant war 2010 mit	24.266.510	29.821.760	34.637.110	0
Verb./Verschlechterung	13.706.660	17.228.760	20.746.060	

Die Kassenlage kann durch den Verkauf der nicht mehr für Aufgaben der Stadt Nordenham benötigten Vermögensgegenstände, insbesondere der Grundstücke, verbessert werden.

Hier kommen folgende städtische Grundstücke in Betracht:

1. Gewerbegrundstücke Blexen - bereits im Haushalt geplant
2. Gewerbegrundstücke Am Wesertunnel - bereits im Haushalt geplant
3. Hofstelle Ummenscher Fundus
4. Hofstelle Kurfürstendamm Ländereien
5. Hofstelle Esenshamm
6. Landflächen K 188
7. Landflächen Suybkelhausen
8. Alte Turnhalle Blexen

Die Buchwerte der lfd. Nrn 3-8 belaufen sich auf insgesamt

1.267.535,10

Ein Verkauf über die Buchwerte hinaus ist durchaus realistisch. Daraus ergeben sich deutlich höhere Ertragspotentiale mit der Folge, dass die Verbindlichkeiten abgebaut werden können und zugleich die Zinslast gesenkt wird.

Nordenham, 13.01.2011

Seyfarth

Freese

Als Anlage zum Vorbericht folgen Haushaltskennzahlen und statistische Angaben.

Ertragsanalyse

Steuerquote (= Steuererträge und ähnliche Abgaben * 100 / ordentliche Erträge)

Ergebnis 2009	17.268.177 €	* 100 /	35.037.466 €	=	49,28%	
Plan 2010	17.030.200 €	* 100 /	32.978.800 €	=	51,64%	
Plan 2011	22.191.700 €	* 100 /	39.938.100 €	=	55,57%	
					52,16%	Durchschnitt

Allgemeine Umlagenquoc (= Umlagen * 100 / ordentliche Erträge)

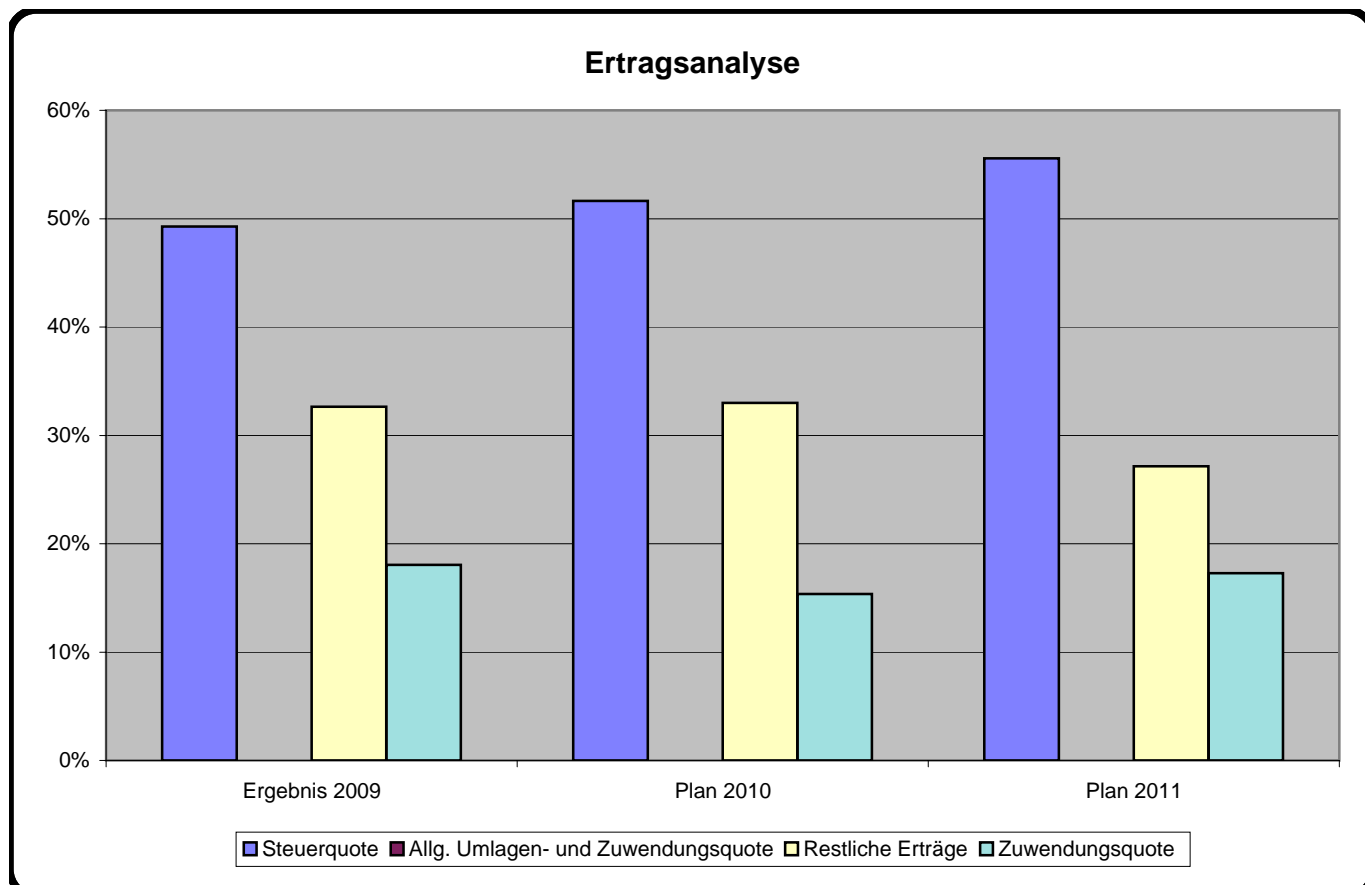
Ergebnis 2009	0 €	* 100 /	35.037.466 €	=	0,00%	
Plan 2010	0 €	* 100 /	32.978.800 €	=	0,00%	
Plan 2011	0 €	* 100 /	39.938.100 €	=	0,00%	
					0,00%	Durchschnitt

Zuwendungsquote (= Zuwendungen * 100 / ordentliche Erträge)

Ergebnis 2009	6.329.162 €	* 100 /	35.037.466 €	=	18,06%	
Plan 2010	5.065.900 €	* 100 /	32.978.800 €	=	15,36%	
Plan 2011	6.904.500 €	* 100 /	39.938.100 €	=	17,29%	
					16,90%	Durchschnitt

Restliche Erträge

Ergebnis 2009	=	32,65%	
Plan 2010	=	33,00%	
Plan 2011	=	27,15%	
		30,93%	Durchschnitt



Aufwandsanalyse

Personalintensität (= Personalaufwendungen * 100 / ordentliche Aufwendungen)

Ergebnis 2009	13.231.489 €	* 100 /	42.216.716 €	=	31,34%
Plan 2010	13.212.200 €	* 100 /	40.782.550 €	=	32,40%
Plan 2011	13.446.800 €	* 100 /	42.272.150 €	=	31,81%
					31,85% Durchschnitt

Sach- und Dienstleistungsintensität

(= Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen * 100 / ordentliche Aufwendungen)

Ergebnis 2009	5.714.630 €	* 100 /	42.216.716 €	=	13,54%
Plan 2010	6.763.400 €	* 100 /	40.782.550 €	=	16,58%
Plan 2011	6.507.100 €	* 100 /	42.272.150 €	=	15,39%

Abschreibungsintensität

(= Jahresabschreibungen auf Sachvermögen und immaterielles Vermögen * 100 / ordentliche Aufwendungen)

Ergebnis 2009	3.641.252 €	* 100 /	42.216.716 €	=	8,63%
Plan 2010	3.924.751 €	* 100 /	40.782.550 €	=	9,62%
Plan 2011	4.004.771 €	* 100 /	42.272.150 €	=	9,47%
					9,24% Durchschnitt

Transferaufwandsquote (= Transferaufwendungen * 100 / ordentliche Aufwendungen)

Ergebnis 2009	16.202.483 €	* 100 /	42.216.716 €	=	38,38%
Plan 2010	13.831.650 €	* 100 /	40.782.550 €	=	33,92%
Plan 2011	15.532.250 €	* 100 /	42.272.150 €	=	36,74%
					36,35% Durchschnitt

Zinslastquote (= Zinsaufwendungen * 100 / ordentliche Aufwendungen)

Ergebnis 2009	2.043.087 €	* 100 /	42.216.716 €	=	4,84%
Plan 2010	2.042.200 €	* 100 /	40.782.550 €	=	5,01%
Plan 2011	1.933.000 €	* 100 /	42.272.150 €	=	4,57%
					4,81% Durchschnitt

Verlustausgleichsquote

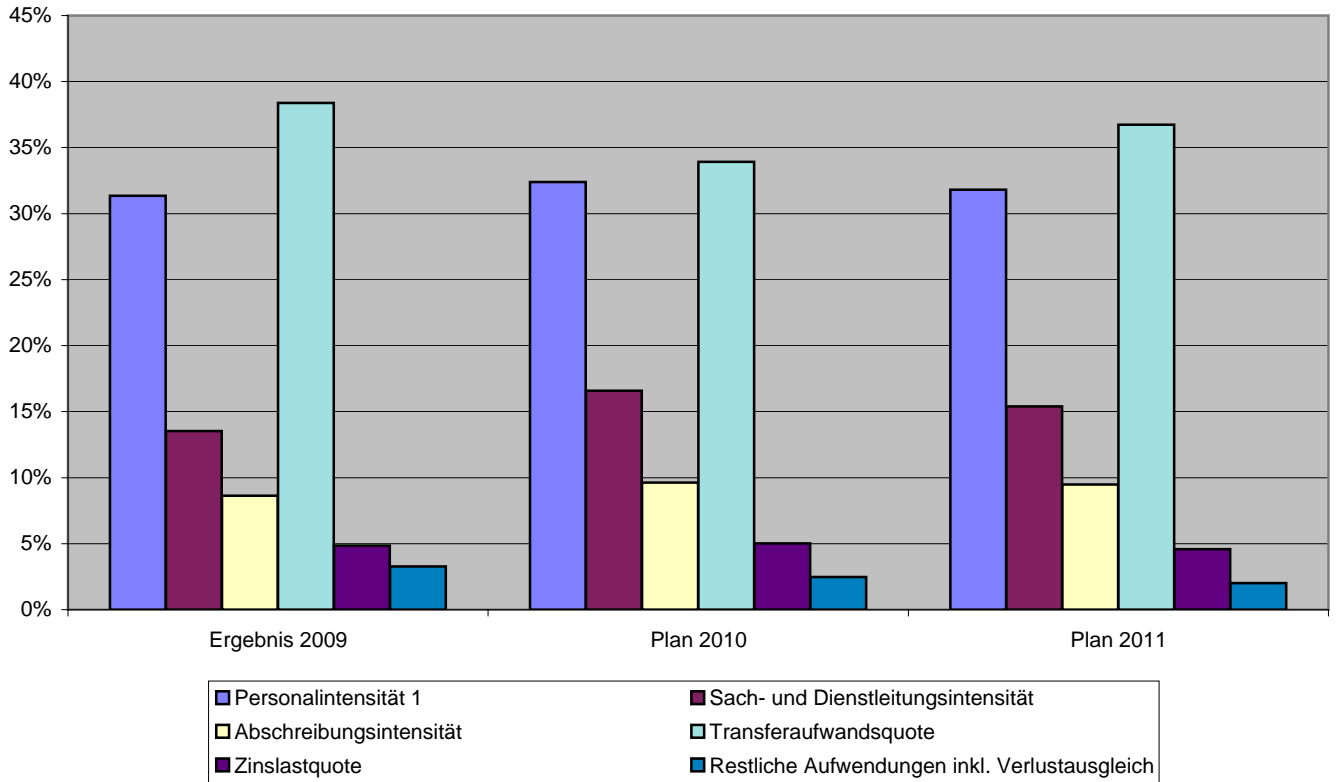
(= Verlustausgleichszahlungen an kommunale Unternehmen * 100 / ordentliche Aufwendungen)

Ergebnis 2009	192.324 €	* 100 /	42.216.716 €	=	0,46%
Plan 2010	210.000 €	* 100 /	40.782.550 €	=	0,51%
Plan 2011	210.000 €	* 100 /	42.272.150 €	=	0,50%
					0,49% Durchschnitt

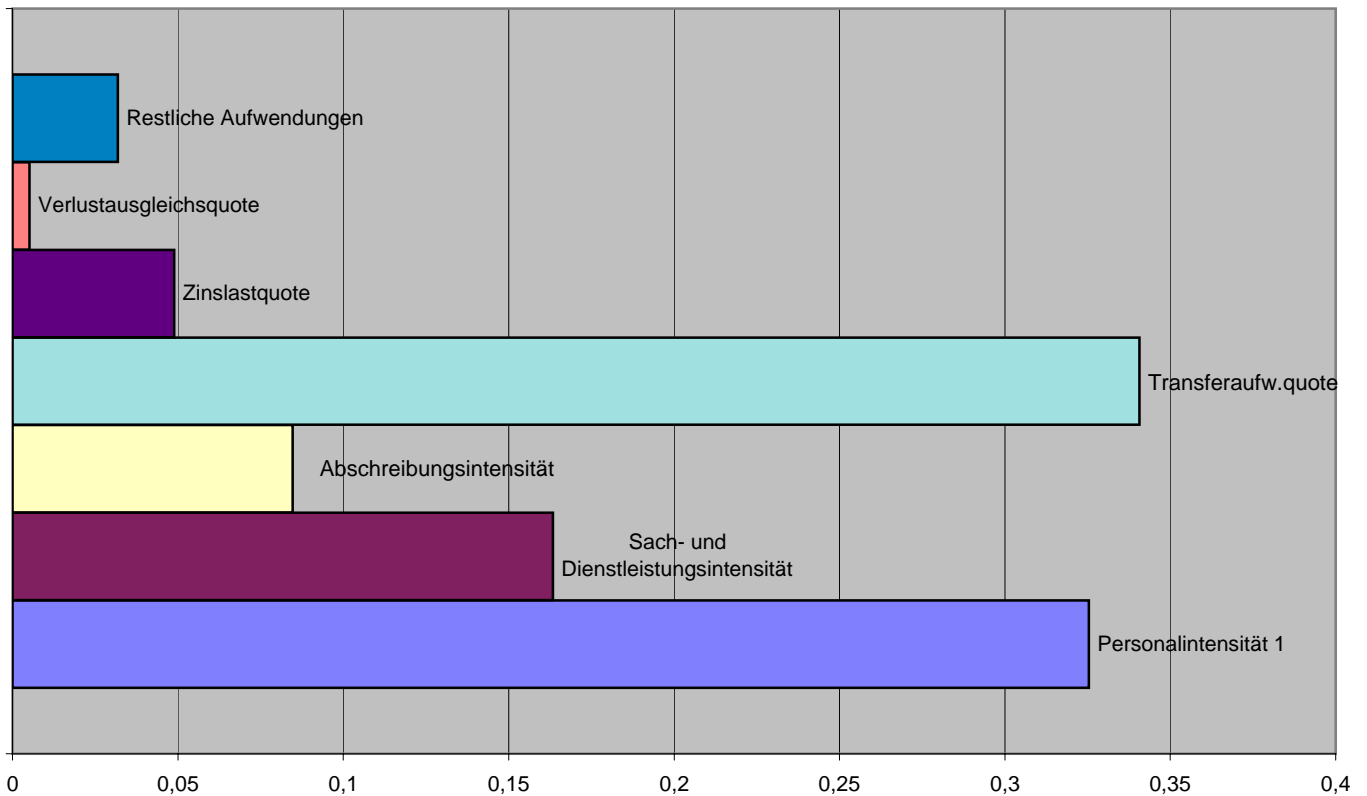
Restliche Aufwendungen

Ergebnis 2009	=	2,82%
Plan 2010	=	1,96%
Plan 2011	=	1,51%

Aufwandsanalyse



Aufwandsanalyse 2011



Weitere Kennzahlen

Kreditfinanzierungsquote (= Nettokreditaufnahme *100 / Gesamtauszahlung Investitionen)

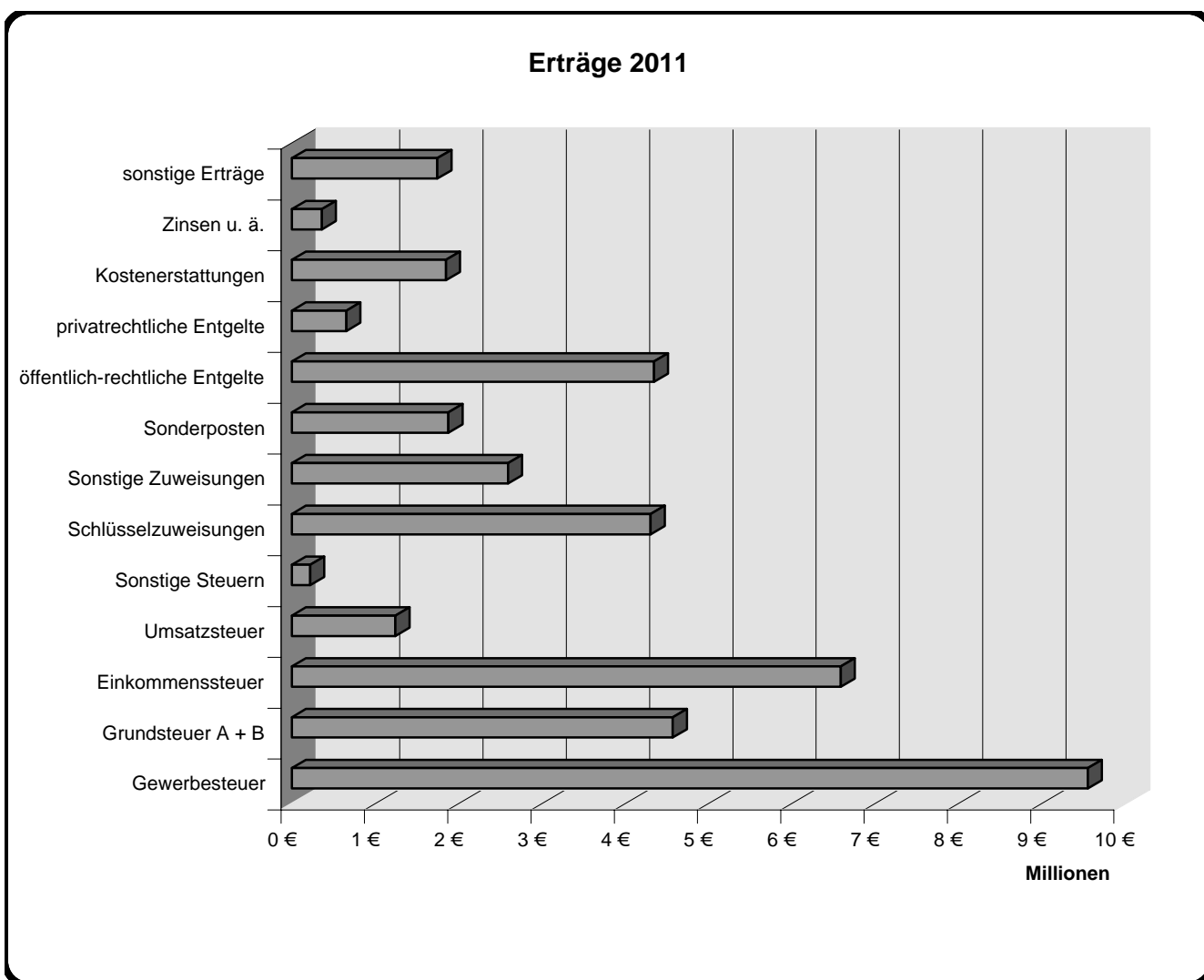
Ergebnis 2009	2.400.000 €	* 100 /	5.144.618 €	=	46,65%
Plan 2010	4.806.200 €	* 100 /	7.927.300 €	=	60,63%
Plan 2011	566.850 €	* 100 /	4.383.550 €	=	12,93%

ordentliche Erträge:

Plan 2011



SK Bezeichnung	EURO	%
3013 Gewerbesteuer	9.560.000 €	23,94%
3011/3012 Grundsteuer A + B	4.574.900 €	11,45%
3021 Einkommenssteuer	6.592.800 €	16,51%
3022 Umsatzsteuer	1.243.500 €	3,11%
3031/3032 Sonstige Steuern	220.500 €	0,55%
3111 Schlüsselzuweisungen	4.308.900 €	10,79%
313-314 Sonstige Zuweisungen	2.595.600 €	6,50%
3161 u.a. Sonderposten	1.881.000 €	4,71%
331/3321 öffentlich-rechtliche Entgelte	4.349.500 €	10,89%
341-346 privatrechtliche Entgelte	653.300 €	1,64%
348 Kostenerstattungen	1.850.600 €	4,63%
361-368 Zinsen u. ä.	359.900 €	0,90%
351-359 sonstige Erträge	1.747.600 €	4,38%
Summe:	39.938.100 €	100,00%

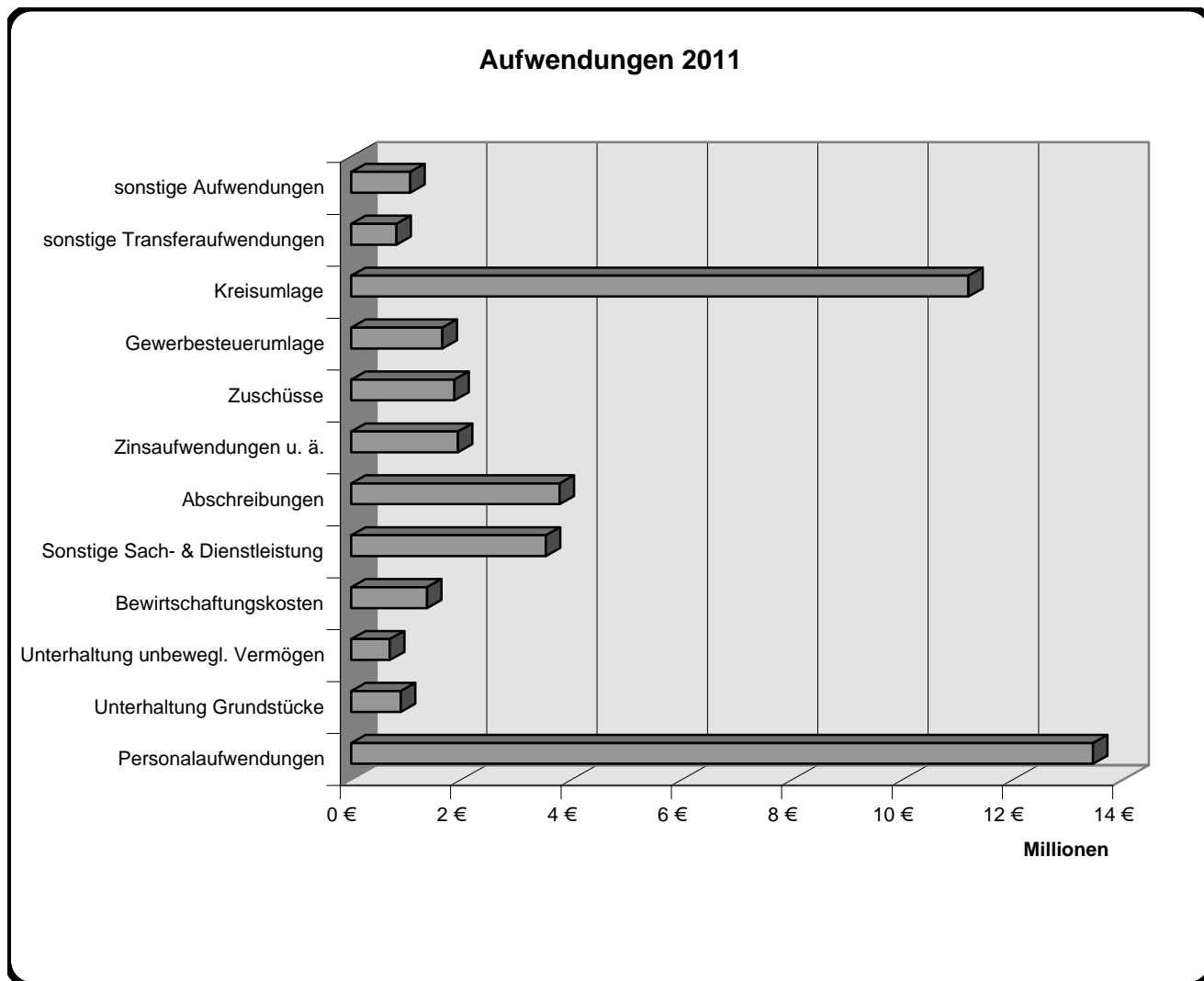


ordentliche Aufwendungen:

Plan 2011



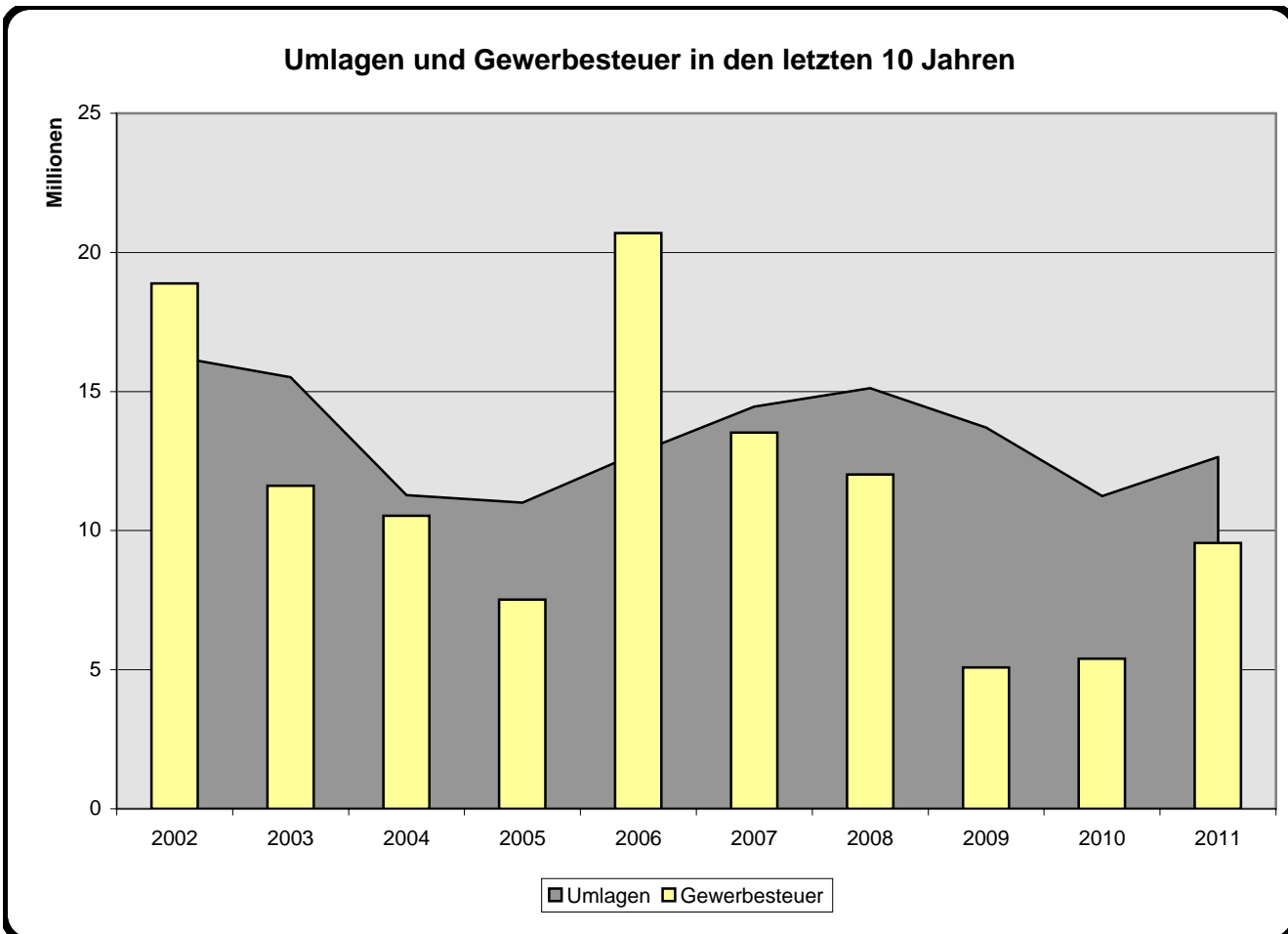
SK		EURO	%
401-407	Personalaufwendungen	13.446.800 €	31,81%
4211	Unterhaltung Grundstücke	901.800 €	2,13%
4212	Unterhaltung unbewegl. Vermögen	701.700 €	1,66%
4241	Bewirtschaftungskosten	1.376.100 €	3,26%
422-429	Sonstige Sach- & Dienstleistung	3.527.500 €	8,34%
4711	Abschreibungen	3.781.200 €	8,94%
451-459	Zinsaufwendungen u. ä.	1.933.000 €	4,57%
4312-4318	Zuschüsse	1.873.350 €	4,43%
4341	Gewerbesteuerumlage	1.655.500 €	3,92%
4372	Kreisumlage	11.183.400 €	26,46%
4339	sonstige Transferaufwendungen	820.000 €	1,94%
441-449	sonstige Aufwendungen	1.071.800 €	2,54%
Summe		42.272.150 €	100,00%



Entwicklung der Umlagen und der Gewerbesteuer



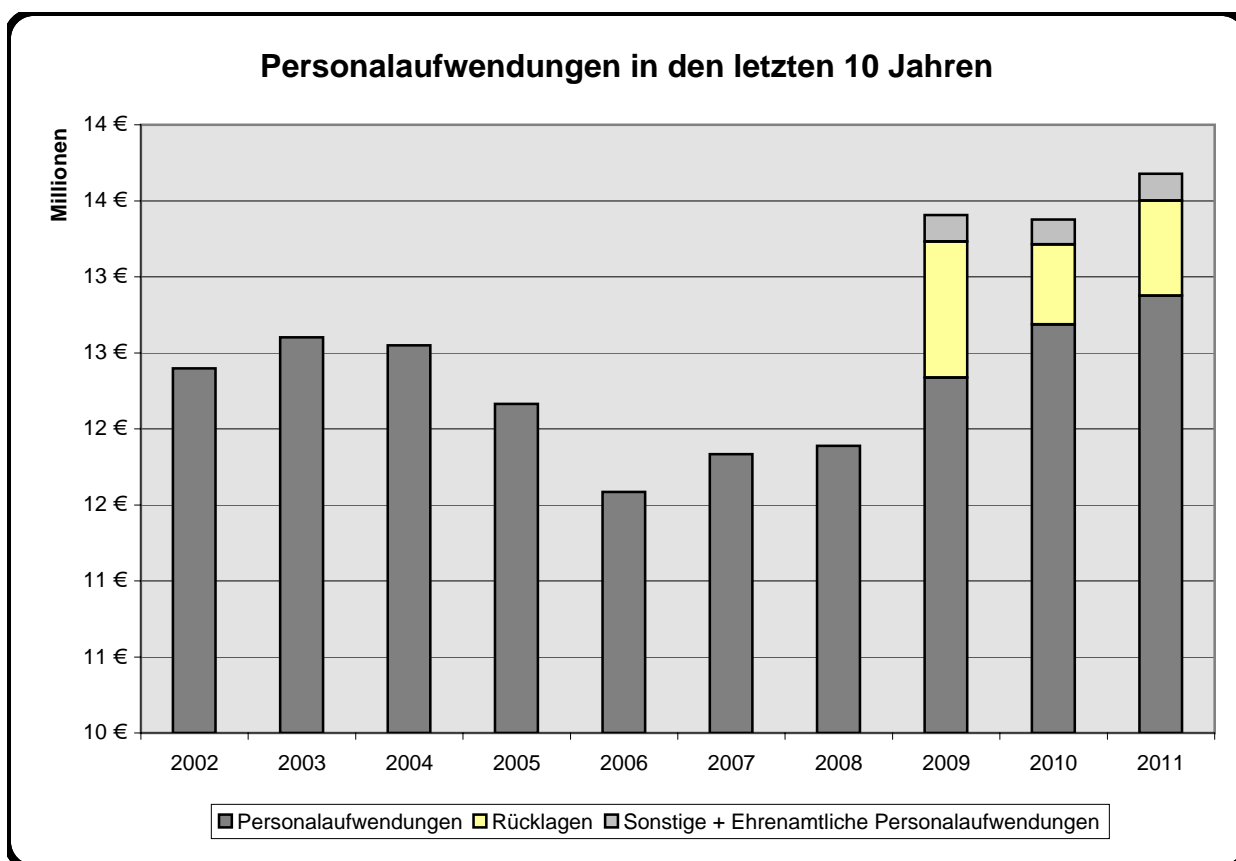
Jahr	Umlagen	Gewerbesteuer	
1996	10.300.561,91 €	5.753.435,79 €	
1997	9.336.015,91 €	1.822.501,46 €	
1998	9.792.835,27 €	4.255.158,17 €	
1999	11.142.472,51 €	6.627.609,76 €	
2000	12.874.159,31 €	17.738.646,51 €	
2001	11.384.447,53 €	12.567.722,31 €	
2002	16.250.543,25 €	18.889.869,20 €	
2003	15.516.425,00 €	11.609.114,67 €	
2004	11.271.532,00 €	10.530.798,99 €	
2005	11.007.263,00 €	7.517.518,15 €	
2006	12.805.832,00 €	20.692.830,35 €	
2007	14.454.334,00 €	13.527.031,20 €	
2008	15.124.726,00 €	12.014.221,48 €	
2009	13.699.951,00 €	5.079.144,32 €	HH-Soll
2010	11.243.300,00 €	5.400.000,00 €	HH-Soll
2011	12.643.400,00 €	9.560.000,00 €	



Entwicklung der Personalaufwendungen



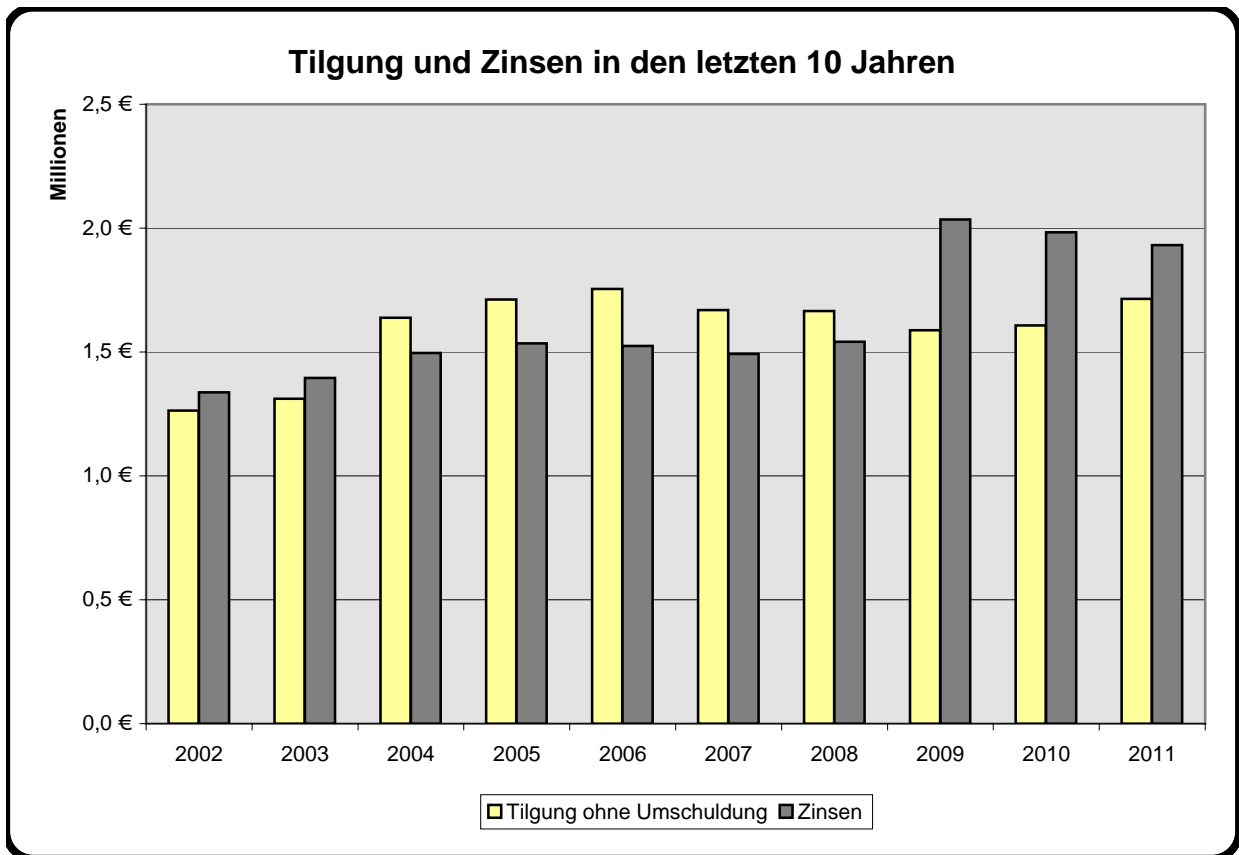
Jahr	Personal-aufwendungen	Rücklagen	Sonstige + Ehrenamtliche Personalaufwendungen	
2000	11.608.416,03 €	0,00 €	0,00 €	
2001	11.869.899,48 €	0,00 €	0,00 €	
2002	12.398.741,49 €	0,00 €	0,00 €	
2003	12.602.685,37 €	0,00 €	0,00 €	
2004	12.550.138,16 €	0,00 €	0,00 €	
2005	12.164.822,84 €	0,00 €	0,00 €	
2006	11.585.021,44 €	0,00 €	0,00 €	
2007	11.833.615,16 €	0,00 €	0,00 €	
2008	11.889.330,49 €	0,00 €	0,00 €	
2009	12.336.593,39 €	894.896,02 €	174.676,01 €	
2010	12.687.200,00 €	525.000,00 €	164.800,00 €	HH-Soll
2011	12.875.900,00 €	624.900,00 €	176.800,00 €	HH-Soll



Zinsen und Tilgung



Jahr	Tilgung ohne Umschuldung	Zinsen	
1996	1.367.025,27 €	1.558.249,79 €	
1997	1.347.468,76 €	1.555.711,63 €	
1998	1.336.363,59 €	1.535.131,97 €	
1999	1.360.566,38 €	1.328.551,88 €	
2000	1.261.764,87 €	1.234.586,04 €	
2001	1.259.545,92 €	1.232.140,68 €	
2002	1.262.945,26 €	1.337.522,38 €	
2003	1.310.884,43 €	1.395.967,92 €	
2004	1.637.933,33 €	1.496.694,49 €	
2005	1.711.835,26 €	1.535.519,00 €	
2006	1.754.657,94 €	1.524.942,90 €	
2007	1.669.417,24 €	1.492.618,54 €	
2008	1.664.846,64 €	1.541.095,99 €	
2009	1.587.446,53 €	2.034.488,96 €	HH-Soll
2010	1.607.700,00 €	1.983.700,00 €	HH-Soll
2011	1.714.800,00 €	1.931.800,00 €	HH-Soll



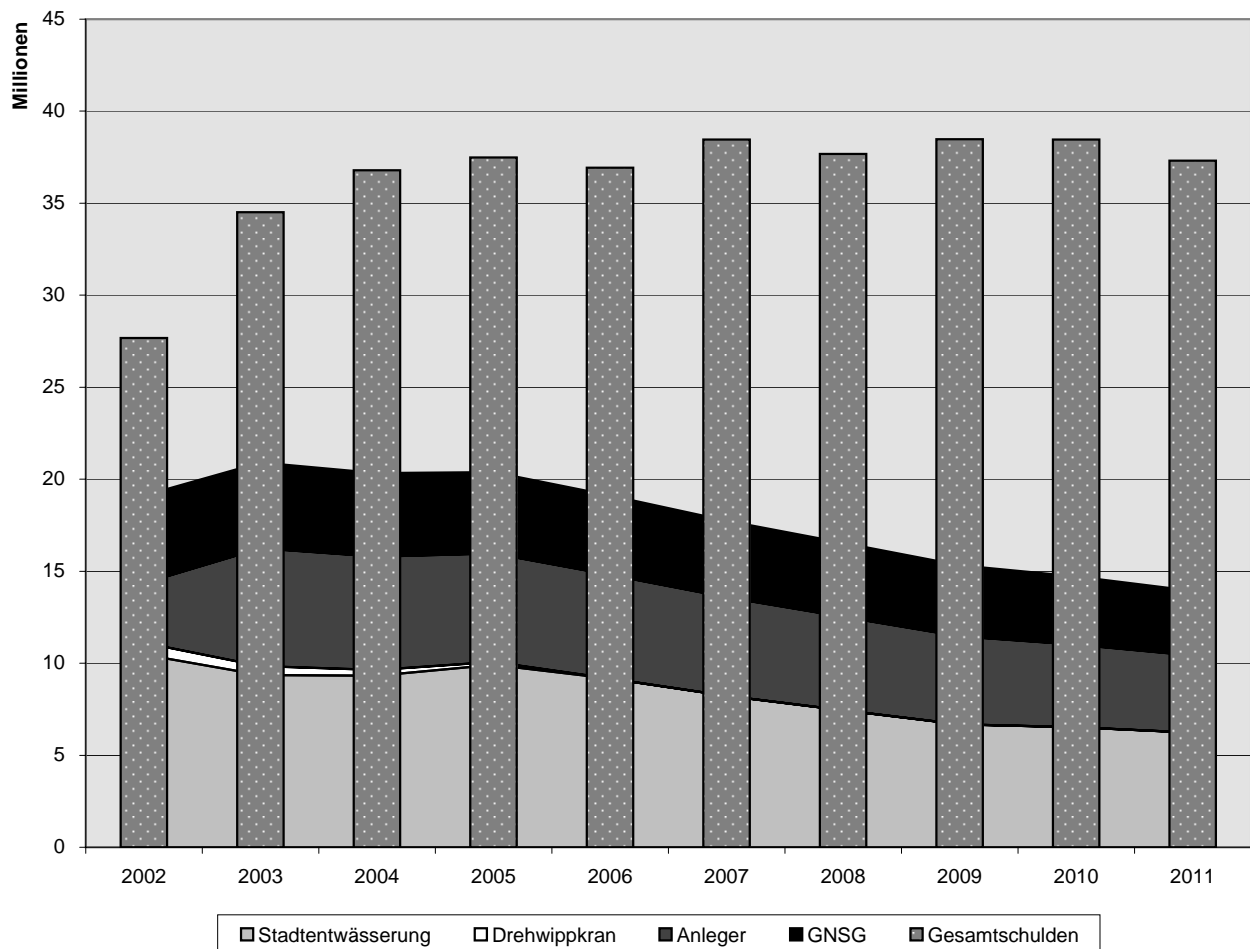
Entwicklung des Schuldenstandes seit 1996



Jahr	Gesamtschulden	davon rentierlich				SUMME
		Stadtentwässerung	Drehwippkran	Anleger	GNSG	
1996	26.628.803,43 €	10.530.163 €	1.590.118 €			12.120.281 €
1997	25.460.333,98 €	12.263.763 €	1.431.106 €			13.694.869 €
1998	23.865.882,52 €	11.616.792 €	1.272.094 €			12.888.887 €
1999	22.164.202,20 €	13.240.880 €	1.113.082 €			14.353.962 €
2000	22.018.256,45 €	11.678.222 €	954.071 €			12.632.293 €
2001	20.758.710,67 €	11.002.283 €	795.059 €		4.860.000 €	16.657.342 €
2002	27.680.615,42 €	10.470.784 €	636.047 €	3.250.000 €	4.761.048 €	19.117.879 €
2003	34.503.312,24 €	9.365.843 €	477.035 €	6.410.122 €	4.657.291 €	20.910.291 €
2004	36.795.378,91 €	9.316.478 €	318.024 €	6.155.359 €	4.548.495 €	20.338.355 €
2005	37.483.543,65 €	9.906.698 €	159.012 €	5.894.726 €	4.434.414 €	20.394.850 €
2006	36.928.885,73 €	9.167.982 €	0 €	5.627.945 €	4.314.792 €	19.110.718 €
2007	38.459.468,51 €	8.223.388 €		5.354.727 €	4.169.220 €	17.747.334 €
2008	37.684.621,87 €	7.450.567 €		5.074.770 €	4.016.919 €	16.542.256 €
2009	38.479.074,11 €	6.677.746 €		4.787.756 €	3.857.576 €	15.323.077 €
2010	38.466.059,86 €	6.523.495 €		4.493.353 €	3.690.860 €	14.707.708 €
2011	37.318.110,00 €	6.233.314 €		4.191.214 €	3.516.427 €	13.940.954 €

HH-Soll

Entwicklung des Schuldenstandes in den letzten 10 Jahren



Investitionstätigkeit seit 1996



Jahr	Auszahlung für Investitionstätigkeit	davon Baumaßnahmen	
1996	4.228.426,81 €	3.484.432,18 €	
1997	2.862.478,13 €	2.247.364,32 €	
1998	4.397.718,10 €	2.168.031,20 €	
1999	2.945.204,19 €	2.109.602,11 €	
2000	9.533.009,29 €	2.002.536,06 €	
2001	5.124.059,94 €	3.433.596,48 €	
2002	25.326.822,23 €	17.533.419,97 €	
2003	6.511.437,11 €	6.003.843,15 €	
2004	5.960.372,93 €	2.163.916,19 €	
2005	3.245.765,78 €	2.338.271,07 €	
2006	4.715.504,10 €	3.747.836,26 €	
2007	4.113.170,09 €	2.654.622,75 €	
2008	4.504.111,16 €	3.269.890,16 €	
2009	5.132.118,31 €	3.204.101,48 €	
2010	8.628.600,00 €	7.574.500,00 €	HH-Soll
2011	4.156.250,00 €	2.710.700,00 €	HH-Soll

